H 8040 F
ISSN 1619-1404
Nummer 86
Jan./Feb. 04
2,00 Euro

DER RECHTE RAND

Immer wieder rechtes Geschwätz

ARCHIVEXEMPLAR
KEIN VERLEIH
INFOLADEN LEIPZIG



Schwerpunkt: Antisemitismus in bürgerlichen Parteien

Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

Informationen von und für AntifaschistInnen

Stolpersteine – „Degussa" – Interview mit Peter Gingold – Hohmann – Günzel – „Stimme der Mehrheit" – SWG & Bundeswehr – Rogalla von Bieberstein-Buch – „Zentrum gegen Vertreibungen" – Schill-Partei – Konrad Lorenz – Wahlen in Brandenburg – Naziaufmärsche – „Der Fahnenträger aus Pommern" – Musik-Labels – Schweiz: Blochers Wahlerfolg – Franco-Ehrung – Rezensionen – Meldungen

Inhalt

Fotos in dieser Ausgabe: Bildarchiv DER RECHTE RAND (S. 1, 4); P. Jülich (S. 18, 20 (oben), S. 21 (oben), S. 22 (unten), S. 26).

Editorial

Kritische Solidarität fordern mittlerweile mehr als 4.000 Mitglieder der CDU für den Bundestagsabgeordneten der Union Martin Hohmann. Auf diese Weise wird zum Ende des Jahres 2003 offensichtlich, dass die sogenannte Mitte dieser Gesellschaft ein Antisemitismus-Problem hat. Während der Leiter des „Zentrums für Antisemitismusforschung" in Berlin, Wolfgang Benz, die am 3. Oktober gehaltene Rede Hohmanns als „das stärkste Stück von öffentlich geäußertem Antisemitismus eines Mandatsträgers seit vielen Jahren" bezeichnet, argumentieren die Hohmann-Unterstützer, sie enthalte zwar kritikwürdige Passagen, sei aber keineswegs antisemitisch. Der Ausschluss Hohmanns aus der CDU-Fraktion sei ein „Armutszeugnis für ... das liberale Grundverständnis dieses Landes." Die CDU-Bundestagsabgeordnete und ehemalige DDR-Bürgerrechtlerin Vera Lengsfeld gibt demonstrativ der „Jungen Freiheit", die als Zentralorgan des schwarz-braunen Sumpfes angesehen werden kann, ein Interview, in dem sie eine „inszenierte Treibjagd" beklagt und Hohmann als deren „Opfer". Als Konsequenz verweist sie darauf, dass der „hysterischen Einengung der Meinungsvielfalt, der Stigmatisierung und Ausgrenzung konservativer Auffassungen, entschlossen entgegen(ge)treten werden müsse". Kein Wort verliert sie über antisemitische, antidemokratische und nationalistische Tendenzen in der CDU/CSU. Und auch die CDU-Spitze ist, durch die öffentliche Debatte getrieben, nur gegen den Einzelfall Hohmann vorgegangen. Die Bundesregierung entlässt den Bundeswehrgeneral und Hohmann-Unterstützer Günzel und betont, dass es sich nur um einen Einzelfall handeln würde. Alles nur Einzelfälle - ein Erklärungsmuster, das seit Bestehen der Bundesrepublik angewendet wird, wenn die Täterschaft von Neofaschisten und Rechtsradikalen nicht mehr zu leugnen ist. Ein Grund für den Rechten Rand, in diesem Heft einen Blick auf den schwarzbraunen Sumpf zu richten, der u. a. aus dem „Bund der Selbständigen NRW", aus verschiedenen Diskussionszirkeln und Stiftungen, wie die „Staats- und wirtschaftspolitische Gesellschaft" oder dem „Studienzentrum Weikersheim" genährt wird.

Während die CDU nun über „Patriotismus" diskutieren will (aus dem Mund der Lengsfeld klingt das „Schicksalsgemeinschaft"), etabliert sich zunehmend eine braune Subkultur, die über Musik ihre faschistischen Inhalte verbreitet und dabei über eine Vielzahl von Labels einen schnellen Euro macht.

Das Gewähren lassen neofaschistischer Umtriebe und Aufmärsche wie in Halbe, die trotz immer unverhohlenerer Bezugnahme auf den Nationalsozialismus von höchsten Gerichten regelmäßig genehmigt werden, geht einher mit einer Liberalisierung gegenüber den Mitläufern, den Profiteuren des deutschen Faschismus. Da wird das Genie der Künstlerin Leni Riefenstahl gepriesen, in Erlangen ein Stück des NS-Autors Hans Rehberg aufgeführt, und die Firma Degussa, die an der Vergasung und am Zahngold der ermordeten Jüdinnen und Juden Europas verdiente, darf an der Errichtung des Mahnmals für die Ermordeten weiterverdienen. Mit zeitlicher Distanz werden die braunen Flecken auf den Westen der Profiteure und Propagandisten des NS-Regimes offenbar akzeptabler. Als nicht akzeptabel wird hingegen der „(Neo-)Nazivorwurf als Keule" zurückgewiesen, der eine offene und kritische Auseinandersetzung mit der Nazi-Ära und ihren Macht-Mechanismen verhindere.

Angesichts derartiger Tendenzen wird der Kampf für eine Ächtung und Isolierung (neo-)faschistischer Ideologie im vor uns liegenden Jahr der antifaschistischen Bewegung viel Engagement, Überzeugungs- und Durchsetzungskraft abverlangen.

Der nächste Rechte Rand erscheint Anfang März 2004. Redaktionsschluss ist am 12. Februar 2004.

Termine

31.01.2004: Antifaschistische Demonstration in Hamburg gegen den Aufmarsch „Freier Kameradschaften". Infos unter: www.hamburg-gegen-nazis.de.vu.

„Letzte Warnung"

Wenn das geplante Attentat in München am 9. November 2003 bei Grundlegung des Gemeindekomplexes gelungen und nicht, eher durch einen Zufall, verhindert worden wäre, hätte die demokratische Republik ihr Antlitz auf irreparable Weise verwandelt. Es wäre eine Zäsur gewesen, die mit nichts in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands vergleichbar gewesen wäre.

Von Ralph Giordano

Insofern war es eine „letzte Warnung".

Gleichwohl bleibt die Frage offen, was die Ursachen für eine solche potentielle Massenmordtat sind, und was in der Geschichte des erst geteilten und dann wiedervereinigten Deutschland falsch gelaufen sein muss, um es dahin kommen zu lassen.

Die zentrale Ursache ist das, was ich „die zweite Schuld" genannt habe, also die Verdrängung der ersten Schuld unter Hitler dann nach Gründung der Bundesrepublik 1949. Und zwar nicht nur als rhetorische oder moralische Kategorie, sondern tief instituiert in der Gesellschaft durch den Großen Frieden mit den Tätern. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, sind sie nicht nur straffrei davongekommen, sondern konnten ihre Karrieren auch unbeschadet fortsetzen. Diese „zweite Schuld" hat die politische Kultur der Bundesrepublik wesentlich mitgeprägt, und das bis in unsere Tage.

Der Fall Martin Hohmann bestätigt, dass nicht er, sondern seine unbelehrbaren Anhänger das eigentliche Problem sind. Die entscheidende Frage für das gegenwärtige und künftige Schicksal der Republik ist die gesellschaftliche Dimension und Proportion einer Gesinnung, die in Deutschland nach wie vor das Opfer sieht. Was nach allen Erfahrungen mit dieser These bedeutet, dass sich dahinter eine Täterschaft aufbaut.

Wir werden sehen, welche.

Über Geschichte stolpern

Seit 10 Jahren verlegt der Kölner Künstler Gunter Demnig „Stolpersteine", um an Verfolgte während des Nationalsozialismus zu erinnern.

Von Alexandra Kornblum



Stolpersteine in Berlin, Hackescher Markt

In der Venloer Straße 23 in Köln wohnte bis 1942 das Arztehepaar Schönenberg. Ihr Leben endete wie das der meisten jüdischen Bewohner und Bewohnerinnen Kölns in den KZs und Vernichtungslagern der Nazis. Von 11.000 deportierten Jüdinnen und Juden überlebten nur 50 den Holocaust. An das individuelle Schicksal der meisten Ermordeten erinnert heute nichts mehr. Beinahe nichts, denn vor dem ehemaligen Wohnort der Schönenbergs ist ein kleiner Metallstein in dem Bürgersteig eingelassen, der an ihre Deportation erinnert.

Rund 1.400 solcher Steine hat der Künstler Gunter Demnig bereits in Köln verlegt. Mittlerweile hat er das Projekt auf zahlreiche andere Städte ausgedehnt, unter anderem auf Freiburg, Hamburg und Berlin. Die Steine enthalten Namen, Geburtsdaten und Todesdaten von Opfern des Nationalsozialismus. Finanziert werden sie über meist private Patenschaften.

Begonnen hatte die Gedenkaktion im Jahr 1990, als Demnig den Weg der deportierten Roma und Sinti nachzeichnete. Dann begann er, in Zusammenarbeit mit dem Kölner NS-Dokumentationszentrum und anderen Institutionen, Steine vor den Häusern von Menschen zu verlegen, die während des so genannten Dritten Reichs ermordet wurden. Die dezentrale Form und die alltägliche Auseinandersetzung auf der Straße bieten eine neue Möglichkeit des Gedenkens. Das stellt aber auch den Anstoß dar, erinnern die Steine doch daran, dass überall Menschen einfach verschwinden konnten, ohne dass sich dagegen Protest regte.

Obwohl Demnig seine Steine auf öffentlichem Boden verlegt, kommt es häufig zu Beschwerden von den heutigen Bewohnern der Häuser. „Wertmindernd" nannte ein Kölner Wohnungsbesitzer zwei „Stolpersteine" vor seinem Haus. Sie seien eine „ganz erhebliche Erschwernis im Fall des Verkaufs oder der Vermietung der Wohnung". Er brachte eine Beschwerde vor den Beschwerdeausschuss der Stadt. Der empfahl Demnig, vor der Verlegung Kontakt mit den Hausbewohnern aufzunehmen.

Auch in anderen Städten sperrte man sich mit diffamierenden Begriffen gegen das Projekt. Nach Aussagen Demnigs wurde es in Kassel mit der Begründung abgelehnt, die „Auswahl der Personen, die einen Stein bekommen sollen", erinnere an „die Selektion an der Rampe in Auschwitz". In Leipzig hieß es vom Kunstbeirat: „Die Stolpersteine erinnern formal und inhaltlich an den Hollywood-Boulevard in L.A.". Demnig will sich davon jedoch nicht abhalten lassen und sein Projekt weiterführen.

Wieder Ruhe am Brandenburger Tor

„Degussa“ beim Bau für die eigenen Opfer

Es ist wieder Ruhe eingekehrt auf der Berliner Baustelle nahe dem Brandenburger Tor, wo 2005 ein Mahnmal an die sechs Millionen ermordeter europäischer Juden erinnern wird. Sie wird nur noch übertroffen von der Ruhe an jener Stelle, an der das Mahnmal für die 500.000 ebenfalls der faschistischen Rassenpolitik zum Opfer gefallenen Sinti und Roma entstehen soll. Der Baubeginn steht immer noch in den Sternen.

Von Hans Canjé



Baustelle des Holocaust- Denkmals am Brandenburger Tor

Am Mahnmal für die ermordeten Juden wird weitergearbeitet, werden die 2.700 Stelen gesetzt – und die Firma „Degussa“ darf, nach kurzer Aufregung und einem zeitweiligen Baustopp, weiter dabei sein. Irgendwer hatte eines Oktobertages festgestellt, dass am Ende des langwierigen Ausschreibungsverfahrens auch die anrüchige Firma „Degussa“ zu den Mitwirkenden ausgewählt worden war. Sie hatte ein so günstiges Angebot unterbreitet.

Das hatte auch vorgelegen, als die faschistischen Machthaber 1941 in Auschwitz an die Exekutierung der „Endlösung der Judenfrage“ gegangen waren. „Degesch“ hieß das Tochterunternehmen der mit den „IG Farben“ erbundenen „Degussa“, spezialisiert auf die Herstellung von „Zyklon B“. Eigentlich ein Schädlingsbekämpfungsmittel. Werbespruch aus dem Jahre 1936: „Das Verfahren zur Gesamtentwesung von Gebäuden, gewährleistet eine 100%ige Ungeziefervernichtung.“ Aber Juden waren ja auch entsprechend der herrschenden Lehre „Schädlinge“ und so lieferte „Degesch“ auf Wunsche jede Menge Gas zu ihrer „Gesamtentwesung“ nach Auschwitz. Seit 1941 auf Wunsch der SS auch ohne warnende Geruchbeigabe. (Um die SS vor dem so besonders gefährlichen Gas zu schützen, lieferte eine andere Tochterfirma von „Degussa“ entsprechende Spezialgasmasken.)

Hatte das Gas nach zehn Minuten seine Wirkung getan, waren die ineinander verkrampften Frauen, Kinder und Männer aus der Gaskammer gezerrt worden, kamen die Leichenschänder. Sie untersuchten die Toten auf mögliches Zahngold, brachen es mit Gewalt aus dem Gebiss heraus. Mitunter waren noch Kieferstücke an den Zähnen, wussten Zeitzeugen zu berichten, die dann bei der Firma „Degussa“ – „Deutsche Gold- und Silberscheide-Anstalt“ – dieses Gold und den Schmuck, der den Opfern vor der Vernichtung oder bereits in den Ghettos geraubt worden war, zur Weiterleitung an die Reichbank verarbeiteten.

Das Kuratorium für das Berliner Mahnmal hat sich mehrheitlich für die weitere Mitarbeit „Degussas“ entschieden. So wird ein Unternehmen, das vom Völkermord, vom Raubzug des faschistischen Regimes profitierte, nun Gewinn einstreichen beim Bau des Mahnmals für die mit zu verantwortenden Opfer. Eine makabre Illustration des umgehenden Satzes, es sei nun an der Zeit, als selbstbewusste Nation aus dem Schatten von Auschwitz heraus zu treten.

„Mit einem lachenden und einem weinenden Auge...“

Interview mit Peter Gingold zur bevorstehenden Auflösung der „IG Farben liquid“

Peter Gingold kämpfte in der französischen Résistance gegen das Nazi-Regime. Heute ist er Bundessprecher der VVN-BdA.

Das Interview für die Zeitschrift Der Rechte Rand führte Cornelia Kerth.



10.11.2003: Peter Gingold spricht zu DemonstrantInnen

DRR: Peter, viele Jahre lang warst Du einer der beharrlichen Aktivisten für die Auflösung der IG Farben. Jetzt ist es soweit. Haben wir einen Grund zur Freude?

P.G.: Ja und Nein. Ich sehe das mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Unsere Forderung war die Auflösung der IG und die Auszahlung des Vermögens an die, denen es gehört: die überlebenden Opfer. Dafür bin ich kritischer Aktionär geworden. Dafür haben wir jede Menge Aktionen vor und in den Sälen gemacht, haben uns geifernden Zwischenrufen ausgesetzt

und uns das Mikro abschalten lassen ... Ja, natürlich kommt da Freude auf, wenn die „IG Farben“ endlich aus der Landschaft verschwindet. Andererseits – es ist kein Cent für Entschädigung vorgesehen.

DRR: Wie haben sie das denn nun geschafft?

A: Da müssen wir zurückgehen bis zur Gründung der „IG Farben liquid“ im Jahr 1952. Vorher war ja in Nürnberg entschieden worden, dass der weltgrößte Chemiekonzern wegen seiner massiven Verantwortung für die Nazi-Verbrechen entflochten werden muss. Neben den Nachfolgefirmen BASF, „Bayer“ und „Hoechst“ wurde daraus die „IGF liquid“ gegründet, und zwar einzig zu dem Zweck, aus einer Kapitalausstattung von damals mehreren 100 Mio. DM Pensionen und Entschädigungen zu zahlen. Für rund 30.000 Menschen, die der programmatischen „Vernichtung durch Arbeit“ zum Opfer gefallen sind, haben sie dann 27 Mio. an die „Jewish Claims Conference“ überwiesen. Damit war aus ihrer Sicht alles „abgegolten“.

DRR: Und der Rest?

P.G.: Damit haben sie die Aktiengesellschaft gegründet, mit Immobilien spekuliert und abgewartet. Und sie haben sich aus der Bundesstiftung für die ZwangsarbeiterInnen herausgehalten, weil sie die angeblich aus einer eigenen Stiftung entschädigen wollten.

DRR: Und nun?

P.G.: Weitgehend ist das Vermögen an die Großaktionäre ausgeschüttet worden. Nachdem jetzt die WCM den Immobilienbestand rechnerisch entwertet hat, wurde die Zahlungsunfähigkeit erklärt.

DRR: Heißt das, an der „Liquid“ haben wieder die alten Profiteure verdient?

P.G.: Schlicht: Ja.

DRR: Aber es war doch auf Druck der Überlebenden eine 3-Millionen-D-Mark-Stiftung gegründet worden?

P.G.: Bei der Bankrotterklärung gab es keinen einzigen Cent für diese Stiftung!

DRR: Macht Ihr denn jetzt weiter? Gibt es noch Möglichkeiten?

DRR: Es gibt kein Ende der Geschichte der „IG Farben“. Allein deshalb werden wir uns weiter mit ihr befassen. Und selbstverständlich sollen Erlöse aus den Immobilien nicht den Banken, sondern den Opfern der „IG Farben“ zugute kommen.

Das antisemitische Coming-Out der „Hohmänner“

Am 3. Oktober 2003 zelebrierte der Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann (CDU) nicht die „deutsche Einheit“, sondern sich selbst als vermeintliche Stimme des Volkes. Wie jeder Redner, so war auch Hohmann an dem Tag darauf aus, das Wohlwollen seines Publikums zu erheischen. Das ist ihm in seinem Heimatdorf Neuhof mit einem gediegenen Antisemitismus auch hundertprozentig gelungen.

Von Raimund Hethey

Martin Hohmann, Jahrgang 1948, Jurist, ist seit 1998 als Dregger-Nachfolger direkt gewählter Bundestagsabgeordneter der CDU für den Wahlkreis Fulda. Davor war er vierzehn Jahre lang Bürgermeister sei- Heimatgemeinde Neuhof.

Ausriss aus der „Jungen Freiheit“ 2002

Die Aufregung über Hohmanns Oktoberrede überrascht aus dem Grunde, weil Hohmann die in der Rede vorgetragenen Argumente schon immer in der Öffentlichkeit vertreten hat. Seine Anfragen im Deutschen Bundestag, seine Artikel im Magazin „Der Selbständige“ und sein Engagement im extrem rechten Milieu geben ein beredtes Zeugnis darüber. Hohmann gehört zum faschistoiden Gespinst der Arbeitsgemeinschaft im „Bund der Selbständigen“ – Landesverband Nordrhein-Westfalen „Stimme der Mehrheit“, einem Intellektuellen-Zirkel, der seit seinem Bestehen (1996) den Anspruch erhebt, eine geistig-moralische Wende nach rechts hin in Gang zu setzen.

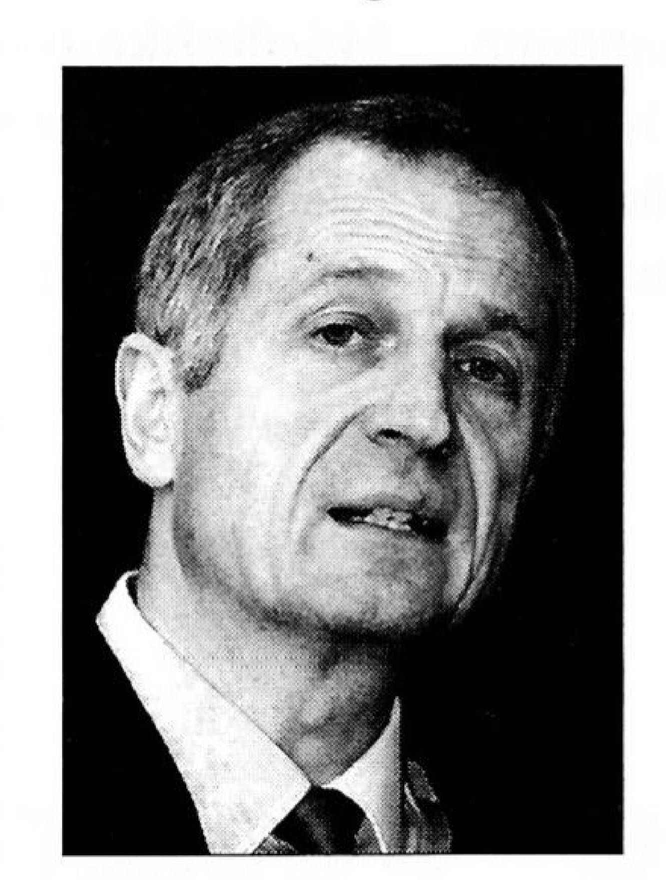
Am Anfang seiner Rede bedient Martin Hohmann alle Ressentiments, die der deutsche Spießbürger verinnerlicht hat. Er macht sich zu dessen Sprachrohr. Türkenfeindlichkeit, Hass auf „Sozialschmarotzer“, der Wunsch nach einer „Volksgemeinschaft“ und die Judenfeindlichkeit. Natürlich trägt Hohmann seine Gedanken nicht offen vor. Manches muss sein Publikum alleine schlussfolgern. Er würde niemals sagen, dass die „Juden“ böse seien. Redner wie er verknüpfen solche angestrebten Aussagen mit Syllogismen. Der „Deutsche“ kann nicht böse sein. Ist aber der Deutsche böse, dann muss es auch der „Jude“ sein. Nur wenn der „Deutsche“ nicht böse ist, ist es der „Jude“ auch nicht. Diese rhetorischen Strickmuster sind billig und geziemen sich für Propagandisten. Geschickt verpackt Hohmann seine Kernaussage mit einer Abgrenzung zu den Neonazis, von denen er sich in seiner Argumentation wenig unterscheidet und deren jüngste Mordtaten ihm keine Zeile wert sind.

„Nicht die braunen Horden, die sich unter den Symbolen des Guten sammeln, machen tiefe Sorgen. Schwere Sorgen macht eine allgegenwärtige Mutzerstörung im nationalen Selbstbewußtsein, die durch Hitlers Nachwirkungen ausgelöst wurde. Das durch ihn veranlaßte Verbrechen der industrialisierten Vernichtung von Menschen, besonders der europäischen Juden, lastet auf der deutschen Geschichte. Die Schuld von Vorfahren an diesem Menschheitsverbrechen hat fast zu einer neuen Selbstdefinition der Deutschen geführt. Trotz der allseitigen Beteuerungen, daß es Kollektivschuld nicht gebe, trotz nuancierter Wortneuschöpfungen wie „Kollektivverantwortung“ oder „Kollektivscham“ - im Kern bleibt der Vorwurf: die Deutschen sind das „Tätervolk“.“ [Zitat: Hohmann Rede 3.10.2003]

Seine Konstruktion von der „jüdischen Täterschaft“, stützt sich auf zweifelhafte Quellen, auf die Hetzartikel von Henry Ford aus den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts, in denen Ford auf der Basis der „Protokolle der Weisen von Zion“ die Juden als Weltverschwörer und größte Gefahr denunziert. Hohmann verschweigt seinem Publikum geflissentlich, dass Ford als notorischer Antisemit bekannt war und präsentiert ihn als den großen Autofabrikanten, dem Mensch Glauben schenken müsse. Eine andere Quelle ist das fragwürdige Werk des Bielefelder Bibliothekars Johannes Rogalla von

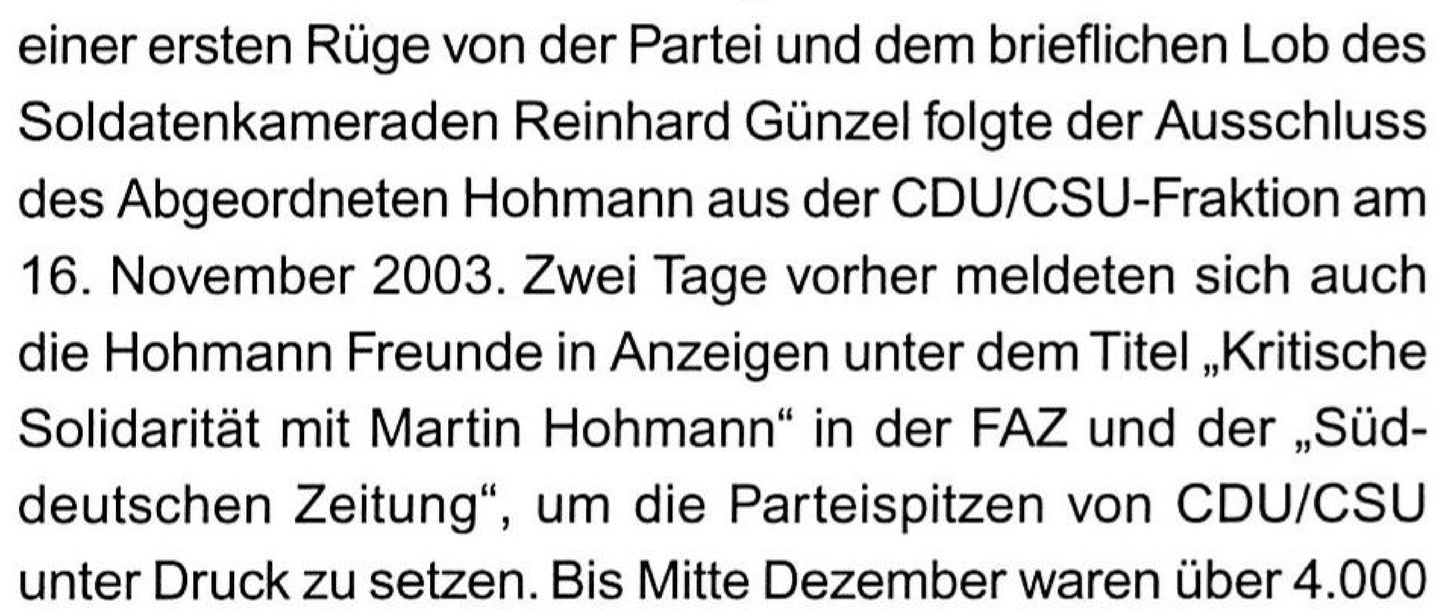
Bieberstein „Jüdischer Bolschewismus. Mythos und Realität" ,erschienen bei Edition Antaois, dem Verlag des „Junge Freiheit" (JF) -Autoren und Mitbegründers des „Institut für Staatspolitik", Götz Kubitschek. Das Vorwort zu dem Band verfasste Ernst Nolte, der seinem Publikum weismachen will, dass der Nationalsozialismus als eine überzogene Reaktion auf die Oktoberrevolution zu werten sei.

Hohmann weiß exakt, wo er seine Argumente finden kann, um die Deutschen von ihrer Erblast, der nationalsozialistischen Herrschaft und den unter ihr von Deutschen begangenen Verbrechen zu befreien, ein Ansinnen, das nach 1945 schon etliche, nicht nur bekennende Neonazis, unternommen haben. Konsequent forderte er die Kürzung der Zahlungen der Bundesrepublik an die Opfer des Nationalsozialismus, insbesondere an die „Juden", in einer Anfrage an die Bundesregierung, ohne im Bundestag für große Aufregung zu sorgen.


Martin Hohmann

Die Reaktion auf die Rede am „Tag der Einheit" erfolgte Wochen später. Eine Amerikanerin war auf die Rede gestoßen und hatte sich gewundert, dass sich niemand darüber aufgeregt hatte. Laut SPIEGEL hat ein Neo-Nazi den Text der Rede an 108 Abgeordnete per e-mail geschickt. Nachdem öffentlich Konsequenzen gefordert wurden, musste auch die CDU/CSU reagieren. Nach einer ersten Rüge von der Partei und dem brieflichen Lob des Soldatenkameraden Reinhard Günzel folgte der Ausschluss des Abgeordneten Hohmann aus der CDU/CSU-Fraktion am 16. November 2003. Zwei Tage vorher meldeten sich auch die Hohmann Freunde in Anzeigen unter dem Titel „Kritische Solidarität mit Martin Hohmann" in der FAZ und der „Süddeutschen Zeitung", um die Parteispitzen von CDU/CSU unter Druck zu setzen. Bis Mitte Dezember waren über 4.000 Unterschriften zusammen gekommen. Als Initiator und Verantwortlicher für die Anzeigen fungiert der ehemalige Mitarbeiter von Gerhard Löwenthal beim rechtslastigen ZDF-Magazin, Fritz Schenk. Von den 25 Erstunterzeichnern sind über die Hälfte in extrem rechten Netzwerken aktiv. Etliche sind gleich Martin Hohmann Mitglied der „Stimme der Mehrheit". Siegfried Bauer, Student, Mitglied der JU Ravensburg [JF-Interview]; Dr. Eberhard Frohnecke, Rechtsanwalt, Mitglied der CDU-Mittelstandsvereinigung in Osnabrück [bekennender Burschenschaftler und ehemaliger Kandidat des „Bund freier Bürger" BFB]; Dr. Herbert Fleissner, Buchverleger, Mitglied der CSU in München [JF; „Stimme der Mehrheit"]; Hans-Peter Murmann, Kaufmann, Gummersbach [BDS-NRW; „Stimme der Mehrheit"]; Frank Liebermann, Mitglied der CDU in Weingarten [JF-Autor]; Heinrich Lummer, Innensenator a.D. und CDU-Bürgermeister a.D. von Berlin [JF-Autor]; Michael Oelmann, Unternehmer, CDU-Mitglied in Hilden [JF-Autor]; Heinrich F. J. Rathjen, Geschäftsführer, Achim [JF-Autor]; Dr. Ingo Resch, Verleger, CSU-Mitglied Gräfelfing [„Stimme der Mehrheit"]; Wolfgang Reschke, Verleger [BDS; „Stimme der Mehrheit"]; F. Roland H. Richter, CDU-Mitglied in Friedberg (Hessen) [Anti-Antifa]; Lienhard Schmidt, CDU-Mitglied in Hamburg [„Studienzentrum Weikersheim"]; Andreas Schneider, JU-Pressesprecher und Mitglied im CDU Stadtvorstand von Rheinbach [BDS, Redaktion „Der Selbständige", „Stimme der Mehrheit"]; Christian Vollradt, „Jungen Union"- und „Ring Christlich Demokratischer Studenten"-Mitglied in Göttingen [JF-Autor]; Dr. theol. Ulrich Woronowicz, Superintendent i. R., CDU-Mitglied in Berlin [„Christlich-Konservatives-Deutschland-Forum", JF-Autor]

Eine „rechte junge Garde" hat sich im Zusammenhang mit der Hohmann-Affäre geoutet und deutlich gemacht, dass der Antisemitismus die nächste Generation erreicht hat. Auch wenn taktische Erwägungen die CDU/CSU-Spitzen dazu gebracht haben mögen, Martin Hohmann auszuschließen, weil sie bei den nächsten Landtags- und Bundestagswahlen mit einem Zulauf aus dem WählerInnen-Reservoir der Sozialdemokraten rechnen und sich deshalb kein rechtsextremes Image erlauben dürfen, so werden sie die Geister, die sie riefen, nicht mehr los werden. Es sind noch viel zu viele „Hohmänner" und Antisemiten in der Partei.



Günzel - ein Einzelfall?

Von H. Kalus

Als in den Jahren 1997/1998 öffentlich wurde, dass der Rechtsterrorist Manfred Roeder an die Hamburger „Führungsakademie der Bundeswehr" eingeladen worden war, dass Angehörige der Bundeswehr durch Sieg-Heil-Rufe, rassistische Übergriffe, Hitlergruß bei Beförderungsfeiern etc. auffielen, schrieben Kommentatoren: „Die Reaktion des „Bundesministeriums der Verteidigung" (BMVg) auf diese Ereignisse, bzw. die vermuteten Ereignisse ist stereotyp: Es handele sich um Einzelfälle; für Rechtsextremismus in der Bundeswehr gäbe es ansonsten keinerlei Indizien. Alles werde schonungslos aufgeklärt und geahndet." Nach diesem Prinzip wird auch heute verfahren. Brigadegeneral Reinhard Günzel wurde wegen seiner Solidaritätsbekundung für Martin Hohmann aus dem aktiven Dienst entlassen. Andere Berufkollegen tummeln sich in der Zwischenzeit unbeachtet von der Öffentlichkeit weiter in der Braunzone. Trotz der vom Soldatengesetz geforderten Mäßigung und Zurückhaltung bei politischen Äußerungen auch außer Dienst (Paragraph 10 SG) finden sich in der extrem rechten „Jungen Freiheit" z.B. Interviews und Artikel des Brigadegenerals Wolf-Dieter Löser (als Leiter der Infanterieschule der Bundeswehr in Hammelburg), Oberstleutnant i.G. Erich Vad (Referent für Außen- und Sicherheitspolitik der CSU), Oberst Hans-Jürgen Folkerts (Leiter des Ausbildungszentrums für die Auslandseinsätze der Bundeswehr). Andere traten offen als Funktionäre neofaschistischer Parteien in Erscheinung, wie z. B. Stabsfeldwebel Bernd Mayer (Stadtrat der „Republikaner" (REP) in Neresheim) und Hauptmann Herbert Bastl (REP-Kreisvorsitzender Ostalb). Zahlreiche ranghohe Offiziere tauchten nach ihrer aktiven Dienstzeit, als ein Verstoß gegen das politische Mäßigungsverbot nicht mehr die Karriere gefährden konnte, in der Braunzone bzw. im direkten Umfeld neofaschistischer Gruppen auf, z.B.: Generalmajor a.D. Gerd Schultze-Rhonhof schrieb mehrfach in der „Jungen Freiheit", referierte u.a. vor dem Kameradenverband des ehemaligen 1. SS-Panzerkorps. Über sein Buch „1939. Der Krieg, der viele Väter hatte", schrieb selbst die FAZ, dass es „alten Spuren" folge, „die weniger im Bereich der Forschung als in dem von Ideologie und Propaganda angesiedelt sind." Brigadegeneral a.D. Reinhard Uhle-Wettler (zuletzt stellvertretender Kommandeur der 1. Luftlandedivision Bruchsal) engagierte sich für die „Deutsche Liga für Volk und Heimat" und trat als regelmäßiger Autor verschiedener neofaschistischer Zeitschriften in Erscheinung. Heute ist er Vorsitzender der „Staats- und wirtschaftspolitischen Gesellschaft" (siehe auch Artikel in diesem Heft). Generalleutnant a.D. Franz Uhle-Wettler (zuletzt Kommandeur des „Nato Defence College" in Rom) engagierte sich als Kuratoriumsmitglied in der REP-nahen „Carl-Schurz-Stiftung", referierte u.a. bei der neofaschistischen „Gesellschaft für freie Publizistik" und publizierte in verschiedenen neofaschistischen Zeitschriften. Admiral a.D. Dieter Wellershof (1986-1991 Generalinspekteur der Bundeswehr) unterzeichnete eine Solidaritätsanzeige für die „Junge Freiheit".

Spaltet „Stimme der Mehrheit“ den „Bund der Selbständigen“?

Seit dem „Monitor“-Bericht zur Verstrickung des „Bund der Selbständigen“ - Landesverbands Nordrhein-Westfalen mit der faschistoiden „Stimme der Mehrheit“ am 20. November droht eine Spaltung der Selbständigenorganisation.

Von Raimund Hethey

Der amtierende Präsident der Bundesorganisation Rolf Kurz (CDU) hat vor laufender Kamera eine Trennung vom Landesverband NRW nicht ausgeschlossen. „Es kann nicht sein“, so Kurz, „dass hier eine Scharnierfunktion und vor allen Dingen dann womöglich eine Förderung rechtextremen Gedankengutes über den Verband möglich ist. Dort werden wir auf jeden Fall die Grenze setzen.“ Die eher spontane Reaktion vonseiten des „Bund der Selbständigen“ (BDS)-Präsidenten erstaunt; denn jahrelang hat er das Treiben der nordrhein-westfälischen Verbandsfunktionäre [vgl. DRR Nr. 43, 52, 83 und 84] stillschweigend geduldet und immer wieder in dem Verbandsorgan „Der Selbständige“(NRW) neben bekannten Rechtsradikalen publiziert.

Die Idee, ein Rechtskartell von mehr oder weniger prominenten Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben zu bilden, kam nach dem Zerfall der Zitelmann-Schacht-Schwilk-Gruppe Mitte der 1990er Jahre vom Ehrenpräsidenten des BDS, Willi Peter Sick. Die Arbeitsgemeinschaft „Stimme der Mehrheit“ wurde schließlich am 8. November 1996 durch den BDS-Hauptgeschäftsführer Joachim Schäfer in Dortmund gegründet, in Heft 3/4 von 1997 berichtet das Magazin „Der Selbständige“ (DS) allerdings von einer konstituierenden Versammlung der „Stimme der Mehrheit“ in München. Der Ehrenpräsident Sick erinnert sich an die Gründungsphase: „Unsere Vereinigung wurde schon bei der Gründung von einer bedeutenden Person als „Kanzlerwahlverein“ bezeichnet und damit abgelehnt. Ich bekenne mich dazu, daß ich das rot-grüne Verhängnis für mein Land verhindern will (...). So begeistert diese Aktion von der PC-Seite begrüßt werden wird, so entschieden wird man uns als rechts und erzkonservativ verteufeln. Aber wir haben uns zur Aufgabe gesetzt, Klarheit und Wahrheit in die politische Diskussion zu bringen und nicht nur vorgefertigte PC-Parolen gebetsmühlenartig nachzuplappern. Dazu gehört zum Beispiel auch die Verdrängung von Schuld anderer durch permanenten Hinweis auf die nationalsozialistische deutsche Vergangenheit. Ein trauriger Höhepunkt in dieser geistigen Verwirrung ist das Buch von Goldhagen.“ [Der Kompass (1997), Nr. 6, S. 3-6] Joachim Schäfer oblag die Aufgabe mögliche Mitarbeiter(innen) für das Projekt „Stimme der Mehrheit“ zu rekrutieren. Dem

10 NACHRICHTEN UND BERICHTE

Geistig-moralische Wende eingefordert – Unterstützung für bürgerliches Lager

Die Wahrheit kann nicht geschönt werden

Schriftsteller und Journalisten gründen BDS-Arbeitsgemeinschaft

1997: „Der Selbständige“ berichtet stolz von der Gründung der „Stimme der Mehrheit“

Hohmann - ein Einzelfall?

Von H. Kalus

Die Anzeige „Kritische Solidarität mit Martin Hohmann“ macht die Problematik des schwarz-braunen Randes der CDU schlaglichtartig deutlich: Zahlreiche Unterzeichner dieser Anzeige, mit der die CDU-Führung aufgefordert wird, das „Ausschlussverfahren gegen Martin Hohmann umgehend rückgängig zu machen“, stammen aus dem Umfeld der extrem rechten „Jungen Freiheit“. Andere CDU-Mitglieder sind darüber hinaus in der Vergangenheit durch ihre Kontakte zu neofaschistischen Gruppen und Organisationen aufgefallen, ohne dass die CDU einen Grund sah, deren Mitgliedschaft in Frage zu stellen. Bereits im Juni 2002 wies das Fernsehmagazin „Panorama“ den CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer auf einige dieser Rechtsausleger hin:

- Albrecht Jebens, ehemaliger Geschäftsführer des „Studienzentrum Weikersheim“, Vorstandsmitglied der neofaschistischen „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GfP) .
- Hans-Helmuth Knütter, emeritierter Professor, rief bei einer Veranstaltung der GfP zu Geldsammlungen auf, um Aktionen wie Saalschlachten und Straßenkämpfe zu ermöglichen.
- Klaus Hornung, ehemaliger Präsident des „Studienzentrum Weikersheim“, veröffentlicht in Zeitschriften und Büchern des neofaschistischen „Grabert-Verlages“.
- Joachim Siegerist, verurteilt wegen Volksverhetzung und Vorsitzender des rechtsradikalen Vereins „Die deutschen Konservativen“.
- Hannes Kaschkat, Vertriebenenfunktionär der CSU, publiziert im „Grabert-Verlag“, in dem auch Auschwitz-Leugner schreiben.

Die CDU hatte offensichtlich kein Interesse daran, sich von ihrem rechten Rand zu trennen. Auch Hohmann gehörte damals zu den von „Panorama“ genannten Personen.

Durch ihre Kontakte nach Rechtsaußen sind weitere CDU/CSU-Mitglieder und -Funktionäre in der Vergangenheit aufgefallen, u.a.:

- Jürgen Strödter, Leitender Regierungsdirektor, Referent bei der GfP.
- Heinrich Lummer, stellvertretender Vorsitzender des Vereins „Die deutschen Konservativen“, der zu einem Kongress den Neonazi-Barden Frank Rennicke aus „Solidarität“ „ganz bewusst und demonstrativ“ einlädt.
- Herbert Fleißner, Verleger, Mitglied des rechtsradikalen „Witikobundes“, Mitbegründer/-besitzer der österreichischen Zeitschrift "Zur Zeit", in der unverhohlen Antisemitismus verbreitet wird, und Verleger zahlreicher neofaschistischer Autoren.

Bereits 1994 warnte der CDU-Bundestagsabgeordnete Friedbert Pflüger: „Denkmuster aus dem rechtsradikalen Arsenal sind wieder in Unionsveranstaltungen zu hören: Wir sollten wieder ‚aufrecht gehen‘. Die Zeiten seien vorbei, in denen wir den Juden gegenüber ein schlechtes Gewissen haben müssten.“

Konsequenzen hatten derartige Warnungen allerdings bis heute nicht.

Rechten Rand liegt eine Liste von über 100 Personen vor, die für eine Mitarbeit gewonnen werden sollten. Über die Teilnahme von Rainer Zitelmann gab es gleich am Anfang interne Streitigkeiten. Auf Distanz ging recht bald nach der Gründung der „Stimme der Mehrheit" Alfred Mechtersheimer. Er warf Schäfer vor, lediglich einen Kanzlerwahlverein zu betreiben, denn eine geistig-moralische Wende einzuläuten. Die Vorsitzende vom „Bund der Vertriebenen" (BdV) und CDU-Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach war zwar auf der konstituierenden Sitzung der „Stimme der Mehrheit" und hat sich bis zu Beginn dieses Jahres immer wieder in Ausgaben des Selbständigen-Magazins zu Wort gemeldet, aber in Folge der „Hohmann-Affäre" rückte sie von ihren Parteigängern ab. So behauptet sie wider besseres Wissen in einer Klage gegen den Verfasser eines Beitrags über die „Stimme der Mehrheit" bei Telepolis, mit der Arbeitsgemeinschaft nichts zu tun zu haben. Neben dem Magazin „Der Selbständige" berichteten auch die DESG-inform und die „Junge Freiheit" bislang unwidersprochen von einer Teilnahme der BdV-Vorsitzenden .



„Der Kompass", auf Vorschlag von Klaus Rainer Röhl im schlichten „Weltbühneformat" gehalten, wurde das Sprachrohr der „Stimme der Mehrheit" und im „Aton-Verlag" erschienen Sammelbände, meist unter der Herausgeberschaft von Joachim Schäfer, die der Öffentlichkeit als Meinung der Arbeitsgemeinschaft zu einschlägigen Themen vorgestellt wurden. Die Beiträge im Magazin „Der Selbständige" spiegeln seit 1996 die Entwicklung innerhalb des BDS-Rechtskartells wider. Neben dem „Kompass" galt der selbsterklärten Mehrheit das Magazin „Der Selbständige" aus NRW als Publikationsforum. Dort erschienen zunächst Beiträge der Zitelmann-Gruppe, dann konzentriert aus der rechten FDP-Clique um Heiner Kappel und Alexander von Stahl, hin und wieder von Autoren der „Jungen Freiheit" und in jüngster Zeit aus dem rechten Rand der CDU/CSU. Die rassistischen Beiträge der CDU-Bundestagsabgeordneten Axel Fischer und Henry Nitzsche sorgten ebenfalls für bundesweites Aufsehen. Auf regelmäßiges Interesse treffen auch die Meinungen von rechten SPD-Genossen wie Hans Apel (Ex-Bundesfinanz- und Verteidigungsminister), Hans-Ulrich Klose, Sigmar Gabriel und Rudolf Scharping. Das Puschen der FDP-Rechten führte zur Abspaltung und im Falle von Heiner Kappel zu Aktivitäten in anderen rechtsradikalen Parteien wie dem „Bund freier Bürger" (BFB). Inzwischen sitzt Kappel der „Deutschen Partei" (DP) vor, der schon der Ehrenpräsident des BDS, Willy Peter Sick, angehörte. Die extrem rechte Ausrichtung der Redaktion des Magazins „Der Selbständige" zeigt sich auch mit der Neuaufnahme von Sebastian Prinz, Andreas Schneider (beide 2002) und von Michael Wiesberg (2003).

Die Selbständigen im „Studienzentrum Weikersheim"

Die „Stimme der Mehrheit" ist personell mit der ständischen Organisation BDS fest verankert. Joachim Schäfer und Hans-Peter Murmann sind seit jeher führende Funktionäre beim BDS. Der Hesse Hohmann ist stv. Vorsitzender beim BDS-Landesverband NRW und sitzt im Kuratorium der „Bundesvereinigung mittelständischer Unternehmen" (BVMU), einer bundesweit tätigen Tochterorganisation des „Bundes der Selbständigen", Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.. Die BVMU legt den Schwerpunkt ihrer Arbeit nach eigenem Bekunden auf die gesellschaftspolitischen Anliegen des selbständigen Mittelstandes. „Politisch erfahrene und glaubwürdige Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens mit hoher internationaler Reputation gewährleisten eine effiziente und erfolgreiche Interessenvertretung", heißt es in einer Selbstdarstellung. Das Kuratorium der BVMU bilden als ihr Sprecher Friedhelm Ost (Staatssekretär a.D.), Dr. Bernhard Friedmann (Präsident EU-Rechnungshof a.D.), Martin Hohmann (MdB), Hans-Peter Murmann (Landesvorsitzender BDS NRW), Dr. Georg-Berndt Oschatz (Kultusminister a.D.), Dr. Achim Rohde (Fraktionsvorsitzender a.D.), Dr. Norman van Scherpenberg (Staatssekretär a.D.), Joachim Schäfer (Hauptgeschäftsführer BDS NRW). Mit der Wahl von Bernd Friedmann zum Vorsitzenden des „Studienzentrum Weikersheim" sind die Möglichkeiten der Einflussnahme des BDS auf die Ideologiebildung bei der CDU weiter gestiegen. Der Autor der „Jungen Freiheit" und bekennende Anhänger der Anti-Antifa Stefan Winckler darf im Magazin „Der Selbständige" Lobeshymnen auf Dr. Klaus Hornung und das „Studienzentrum Weikersheim" (DS, Nr. 3/4-2003) veröffentlichen. Über die „Stimme der Mehrheit" urteilte er im November 2000 im revanchistischen „Ostpreußenblatt": „War die Schwilk-Schacht-Zitelmann-Gruppe wie eine Sternschnuppe viel beachtet, doch rasch verglüht, so sehen wir mit der „Stimme der Mehrheit" einen Fixstern, der auch in den nächsten Jahren seinen Platz behaupten wird. Langfristig mit steigender Strahlkraft." Damit dürfte es nach der Ausstrahlung des „Monitor"-Beitrags vorerst vorüber sein. Eifrig bemühen sich die BDS-Funktionäre alle Hinweise auf eine Zugehörigkeit der „Stimme der Mehrheit" zu ihrem Verband zu vertuschen. Hans-Peter Murmann bestritt kaltschnäuzig in einem FAX an die „Monitor"-Redaktion, dass die „Stimme der Mehrheit" eine Arbeitsgemeinschaft beim BDS-NRW sei. Hinweise auf die enge Verknüpfung im Internet wurden dilettantisch getilgt; denn eine kleine Recherche zum Domain-Inhaber zeigt, wer für die Internetpräsenz der „Stimme der Mehrheit" verantwortlich zeichnet, nämlich: „Bund der Selbständigen - Landesverband NRW", Schwanenwall 23, 44135 Dortmund und als Person: Joachim Schäfer. Stefan Winckler hat sich inzwischen für eine Mitarbeit beim „Studienzentrum Weikersheim" entschieden und mit dieser rechtsradikalen Kaderschmiede der CDU lassen sich weiterhin Bündnisse mit faschistoiden Kräften schließen.



REP-Parteitag

Ihr 20-jähriges Jubiläum begingen die neofaschistischen „Republikaner" Ende November auf ihrem Parteitag in Münster. Haupttagesordnungspunkt des Parteitages, an dem nach eigener Aussage rund 250 Personen teilnahmen, war die Kür der KandidatInnen zur EU-Wahl 2004. Als Spitzenkandidatin für die 15-köpfige Wahlliste wurde die nordrhein-westfälische Landesvorsitzende Ursula Winkelsett aufgestellt. Für die folgenden Plätze wurde der REP-Bundesvorsitzende Rolf Schlierer, der sächsische Stadtrat Martin Kohlmann, der hessische REP-Landesvorsitzende Haymo Hoch und der stellvertretende Bundesvorsitzende Björn Clemens nominiert.

Im von Hoch erarbeiteten Wahlprogramm treten die REP erwartungsgemäß für eine Stärkung der Rolle Deutschlands in Europa und die „Bewahrung der nationalen Identität" ein. Gepaart sind diese Aussagen mit rassistischen Ausfällen für eine Verteidigung des christlichen Europas gegen die Unterwanderung durch andere Kulturen und Religionen. Der Islam wird als „spalterischer Fremdkörper" bezeichnet. Polen und die Tschechische Republik werden als nicht-zivilisierte Länder eingestuft.

Kehrt Marsch!

Der Empfang bei der „Führungsakademie der Bundeswehr" in Hamburg dürfte die „Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft" (SWG) erfreut haben. Am 30. Juni 2003 klärte der Kommandeur der Führungsakademie Generalmajor Hans-Christian Beck die Damen und Herren der rechtskonservativen Gesellschaft über die „erweiterten Aufgaben der Streitkräfte" auf, und weitere Offiziere erläuterten ihnen das „moderne Planungszentrum".

Von Andreas Speit

Vor zwei Jahren noch mussten 50 SWG-Freunde vor den Toren der Akademie in Blankenese umkehren. Nachdem die taz-hamburg über die rechtsextremen Verstrickungen der Vereinigung berichtet hatte, gab der damalige Kommandeur Rudolf Lange den Befehl: „ausladen". Nun scheinen die Bedenken gegen die vor über 40 Jahren von dem ehemaligen Referenten des NS-Propagandaministeriums Hugo Wellems mitgegründete Gesellschaft in der Befehlskette verloren gegangen zu sein. „Nach einer internen Überprüfung hatten wir keine Einwände", erklärte Pressestabsoffizier Ralf Burmeister. Dem „Militärischen Abschirmdienst" würden „keine Erkenntnisse über rechtsextreme Kontakte" vorliegen. Die mangelnde Kenntnis könnte auch dem rechten Bewußtsein an den Bundeswehrakademien geschuldet sein. Eine neue, aber noch unveröffentlichte Studie, des „Zentrums für Hochschulforschung und Qualitätssicherung" (ZHQ) an der Hamburger Bundeswehruniversität bestätigt den Verdacht, dass die Offiziersstudenten – die künftige Elite der Bundeswehr – deutlich „weit rechts" steht. Seit 1995 haben die Forscher um Arwed Bonnemann in drei Untersuchungen je drei Offiziersstudenten-Jahrgänge in Hamburg und München zu ihren Beweggründen der Berufswahl befragt. Mit den Antworten von 2002 verfügen die Forscher nun über Daten aus einem ganzen Jahrzehnt. Die Einstellungsmuster sind bemerkenswert stabil. Mit Bezug zum Durchschnitt auf die Bevölkerung ordneten sich die meisten Studenten selbst politisch rechts von der Mitte ein. Ein Fünftel der Studenten verstand sich als „national-konservativ", rechts von „christlich-konservativ". Nach ihrer Zustimmung zu einer Liste von 14 politischen Zielen befragt, gaben die zukünftigen Offiziere besonders konservative Antworten. Beim Ziel „Abwehr von kultureller Überfremdung" zeigen die drei Studien eine klare Bewegung nach rechts. Die Einstellung der zukünftigen Offiziere werden wohl manche altgediente Generäle erfreuen. Einige Generäle oder Majore der Bundeswehr dienen auch immer wieder der SWG, deren Aktivitäten sich auf Kiel, Hamburg und Hannover konzentrieren. Vor allem der langjährige SWG-Vorsitzende Brigadegeneral a.D. Reinhard Uhle-Wetter bewegt sich im rechten Milieu. Der Ex-Offizier, der gern über die „alliierte Umerziehung" klagt, schrieb u.a. in „Nation und Europa" und trat bei der „Gesellschaft für freie Publizistik" auf. 1999 veröffentlichte er eine Festschrift für den Auschwitz-Leugner David Irving. In der aktuellen Ausgabe der SWG-Schrift „Deutschland Journal" wettert er: „Der vom Bundeskanzler ausgerufene ‚Aufstand der Anständigen' mit der Ermunterung des Denunziantentums sind ein weiteres Beispiel ‚untertänigsten Verhaltens' (...) gegenüber den Juden in Deutschland und möglicherweise auch der Sozialistischen Internationalen, welche die einmal errungene Macht mit allen Mitteln zu festigen sucht". Die SWG lädt aber nicht nur honorige Professoren und Generäle a.D. als Gastredner ein. Laut Einladung hielt im September 2002 Gisa Pahl bei der SWG im Haus der Hamburger „Burschenschaft Germania Königsberg" einen Vortrag. Das von der Rechtsanwältin geleitete „Deutsche Rechtsbüro" schätzt selbst der Hamburger Verfassungsschutz als „eine Rechtshilfeeinrichtung der rechtsextremistischen Szene" ein. Kaum hatte die taz-hamburg über die Veranstaltung in der Akademie berichtet, sprach Beck von „einem Fehler". „Die SWG wird nicht mehr eingeladen", beteuert nun der Kommandeur und sie „kommt auch nicht mehr in unsere Räume". Dies versprach aber auch schon sein Amtsvorgänger 2001 – ohne lang anhaltende Wirkung.

Rechtes Miteinander

Von Alex Kron

Vom 21.-23.11.2003 fand im „Ostheim", einem Schulungszentrum der „Landsmannschaft Ostpreußen" in Bad Pyrmont, das „Politische Herbstseminar" der „Jungen Generation" zum Thema „Weltordnung und Völkerrecht nach dem Irak-Krieg" statt. Als Veranstalter traten die „Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e.V." (SWG), das „Studienzentrum Weikersheim" und der „Bund Junges Ostpreußen", die „Jugendorganisation der Landsmannschaft Ostpreußen", auf. Im Programm waren die einzelnen Veranstalter dann auch wiederzufinden: Hans Heckel von der „Preußische Allgemeine Zeitung" referierte, Rüdiger Nehring vom „Bund Junges Ostpreußen" zeigte Lichtbilder, Bernhard Knapstein von der „Landsmannschaft" war für die Diskussionsleitung eingeplant, der Vorsitzende der SWG Brigadegeneral a.D. Reinhard Uhle-Wettler für die Einführung ins Thema, der Geschäftsführer des „Studienzentrum Weikersheim" Ronald Strumpf sollte „Das christlich-abendländische Menschenbild und eine neue Weltordnung" darstellen. Darüber hinaus traten als Referenten auf: Der aus der „Linken Deutschland-Diskussion" bekannte „neurechte" Jura-Professor Theodor Schweisfurth mit dem Thema „Gefährdung der internationalen Rechtssysteme durch neue Strategien und Aggressionsformen", der neoliberale Mitarbeiter des „Mittelstandsinstituts Hannover" Eike Hamer zur Frage der „Wirtschaftlichen Aspekte der neuen Weltordnung", Götz Kubitschek vom „Institut für Staatspolitik" zur „innen- und außenpolitische(n) Zukunft von ‚Nation' als politischer Größe" sowie Christoph Radl von der „Deutschen Burschenschaft", der die „Definition deutscher außenpolitischer Interessen" aus Sicht seines Verbandes analysierte.

Die Zusammensetzung von Veranstaltern und Referenten bzw. von Revanchisten und Akteuren der sog. „Neuen Rechten" und auch der extremen Rechten offenbart eine Mischung, die in dieser Form eher selten anzutreffen ist. Schon gar nicht unter dem Dach der ansonsten doch sehr auf ihr Ansehen bedachten Vertriebenenverbände.

Judenriecherei

Das Buch „'Jüdischer Bolschewismus', Mythos und Realität" von Johannes Rogalla von Bieberstein (Edition Antaios) aus dem Jahr 2002 wäre wahrscheinlich kaum beachtet worden, wenn der unselige Martin Hohmann es nicht ausdrücklich als eine seiner Quellen angegeben hätte.

Von Lutz Hoffmann

Ob man es als antisemitisch bezeichnen will, ist letztlich eine Frage der Definition. Versteht man unter Antisemitismus Einstellungen und Handlungen, die aggressiv gegen Juden als Juden gerichtet sind, so wird man die Frage kaum bejahen können. Trotzdem ruft das Buch beim unbefangenen Leser Unbehagen und Befremden hervor. Dafür gibt es zwei Gründe.

Der eine ist eher formaler Natur. Da wird vor dem Leser zwar eine immense Fülle von Wissen, vor allem in Gestalt einer endlosen Reihung von Zitaten, ausgebreitet. Aber eigentlich erfährt er kaum je, warum ihm das alles mitgeteilt wird. Es gibt keinen theoretischen Rahmen, keine Einleitungen und Zusammenfassungen, keine Überleitungen zwischen den zahllosen Fundstücken einer bienenfleißigen Literaturrecherche. Meistens bleibt offen, ob ein Zitat nur illustrieren soll, wie irgend jemand zu irgend einer Zeit gedacht hat, oder ob dieses Diktum auch die Überzeugung des Verfassers wiedergibt. Gleichzeitig aber lassen merkwürdig eifernde Passagen keinen Zweifel daran, dass der Verfasser ein bestimmtes Ziel verfolgt. Das aber erschließt sich dem Leser vorwiegend indirekt, wenn er nach dem impliziten Deutungsmuster fragt, das der Auswahl des entfalteten Sekundärwissens, der Art seiner Präsentation und nicht zuletzt den scheinbaren Brüchen und Sprüngen der Logik zugrunde liegt. Allenfalls auf den letzten Seiten entschlüpfen dem Autor einige Sätze, die man mit etwas Dreistigkeit als das Buch zusammenfassende Thesen interpretieren dürfte.

Durch diese eher methodischen Mängel irritiert, wird dem Leser allmählich auch ein inhaltlicher Grund seines Befremdens bewusst: In diesem Werk steht zwar möglicherweise kein einziger wirklich falscher Satz, aber sein Duktus wird von einem Muster gesteuert, das komplexe Phänomene und Zusammenhänge in einer ganz bestimmten Weise auf eindimensionale Perspektiven und Deutungen reduziert. Was nicht in diese Sichtweise hineinpasst, wird zwar gelegentlich als Faktum erwähnt, bleibt jedoch ohne Relevanz für die in dieser Publikation vertretenen Definition der geschichtlichen Wirklichkeit. Dieser das Buch kennzeichnende Reduktionismus wiederholt sich auf mehreren Ebenen.

Es fängt damit an, dass nicht nur der Bolschewismus, sondern jeder Sozialismus im Stil des Kalten Krieges auf eine tödliche Gegnerschaft zur „bürgerlich-christlichen Welt" reduziert wird, mit welcher sich kritiklos zu identifizieren für den Verfasser außer Frage steht. „Die Juden" werden dabei ohne viele Umstände auf der sozialistischen Seite dieser Konfrontation verortet, indem der Verfasser den Nachweis führt, dass sie in den sozialistischen Formationen umso deutlicher überrepräsentiert waren, je radikaler sich diese verhielten. Ohne „die Juden" hätte es daher keinen Marxismus und keinen Bolschewismus gegeben. Ausgeblendet bleibt bei einer solchen Reduktion sowohl die Beobachtung, dass Menschen jüdischer Herkunft häufig auch sonst in den Eliten sich modernisierender

„Totaler Widerstand" in Schweden

Der 35-jährige schwedische Neonazi Klas Lund von der „Schwedischen Widerstandsbewegung" (SMR) wurde Ende November bei einer Razzia vorübergehend festgenommen. Ihm wird vorgeworfen, dass er illegal versucht habe eine militärische oder polizeiähnliche Einheit aufzubauen. Die Festnahme erfolgte in der Nähe der westschwedischen Stadt Skövde, wo er ein 650 Hektar großes Gelände in unmittelbarer Nachbarschaft des Gutes Sveneby gekauft hat. Dessen Besitzer der Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger hat dieses Gut seit 1995 zu einer Zentrale für die neofaschistische Szene Schwedens ausgebaut. Lunds SMR gilt als Nachfolgeorganisation des „Weißen Arischen Widerstands". Er selbst war 1986 als 18-Jähriger wegen eines rassistischen Mordes zu vier Jahren und 1991 wegen eines Bankraubes zu sechs Jahren Haft verurteilt worden.

Am ersten Dezemberwochenende wurde auf das Gut Sveneby ein Anschlag verübt, ein Gebäude brannte dabei ohne Personenschäden aus. Die Bewohner nahmen zum größten Teil an dem sogenannten Salemmarsch zur Erinnerung an die Ermordung eines schwedischen Nazis vor drei Jahren teil. Magnus Södermalm von der SMR erklärte dort vor ca. 2.000 Gesinnungsgenossen: „Die Zeit des totalen Widerstands ist gekommen".

Dr. Johannes Rogalla von Bieberstein

1940 in Leipzig geboren. Studium der Geschichts- und Sozialwissenschaften in Göttingen, München, Bochum, Paris und London. Seit 1974 Bibliothekar an der Universität Bielefeld.

Veröffentlichungen (Auswahl)

1976: „Die These von der Verschwörung (1776-1945)" [Dissertation]
1981: „Preußen als Deutschlands Schicksal"
1982: „Adel und Revolution 1918/19"
1989: „Adelsherrschaft und Adelskultur in Deutschland"
2002: „'Jüdischer Bolschewismus' - Mythos und Realität". Mit einem Vorwort von Ernst Nolte

Rogalla von Bieberstein publiziert schon länger bei der sogenannten „Neuen Rechten" und kein geringerer als einer ihrer Vordenker, Karlheinz Weißmann, hat „Jüdischer Bolschewismus stilistisch und inhaltlich verbessert". Das erklärt auch die Tatsachen, dass Ernst Nolte ein Vorwort beisteuerte und dass der Band im hauseigenen Verlag von dem „Institut für Staatspolitik" erscheinen konnte und von Leuten wie Motschmann und Knütter relativ schnell positiv besprochen wurde.

1990: „Frauen-Quotierung als feministisch-sozialistische Politik" in: Criticon , H.118, S.81ff.

1992: „In den Fußstapfen der „Demokratischen Bodenreform". Die Unrechtspolitik der Bundesregierung", Criticon 133, S. 242f.

1994: „Walter Jens' Abschied von Deutschland", Criticon 141, S. 47

1995: „Rotlackierte Faschisten und Braune Bolschewisten. Schlagwörter in ihrer Epoche", Criticon, H. 147; S. 145-148

Gesellschaften überrepräsentiert sind, als auch die unbestreitbare Tatsache, dass unter Stalin eine der schlimmsten Judenverfolgungen der Moderne stattgefunden hat. Letzterer wird zwar ein ganzes Kapitel gewidmet, aber das hindert den Verfasser nicht daran, ausführliche Belege einer „Gleichsetzungstheorie" von Judentum und Sozialismus zu kolportieren, ohne deutlich erkennen zu lassen, ob er sich mit ihr identifiziert oder sie nur referiert. Abgerundet werden diese Suggestionen dadurch, dass „den Juden" ein durchgehend christenfeindliches Denken und Trachten zugeschrieben wird, welches wesentlich zu den bolschewistischen Christenverfolgungen beigetragen habe.

Das eigentliche Fundament dieser Reduktionen auf historische Teilwahrheiten ist ein Denken, das Menschen jüdischer Herkunft grundsätzlich auf ihr Judentum, auf das Jüdische an und für sich reduziert. Der ‚Judenriecherei' des Verfassers entgeht im sozialistischen Kontext kein Name, hinter den er nicht in ermüdender Monotonie einen Relativsatz anfügen kann, der seinen Träger der Zugehörigkeit zum Judentum überführen soll. Was sie sonst noch sind oder sein wollen, wozu sie sonst noch gehören und was sie sonst noch geprägt hat, das alles bleibt ausgeblendet. Für das Deutungsschema des Autors ist nur ihre Herkunft von Bedeutung, weil sich „eine jüdische - wie vergleichbare andere - Prägung nicht einfach ablegen" ließe. Er gebraucht zwar niemals den Terminus „Rasse", aber letztlich interessiert ihn an den Menschen nur das, was andere mit diesem Begriff belegen; auch wenn er gelegentlich betont, dass die Erklärung „im Falle des ‚jüdischen' Sozialismus oder Bolschewismus nicht in den Merkmalen eines jüdischen Volkscharakters" liege.

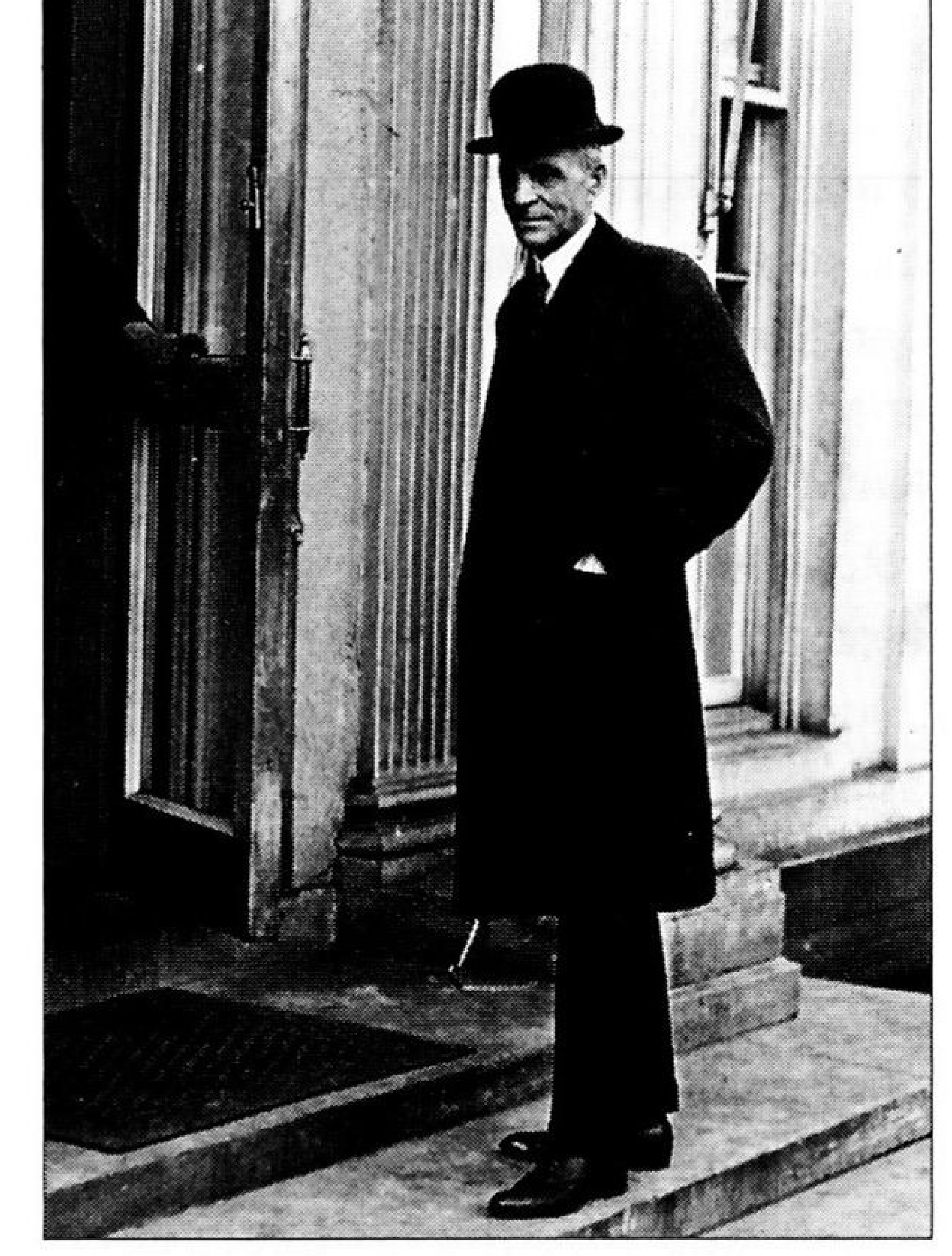
Die leitende Absicht hinter all diesen Reduktionismen wird dort offenbar, wo sich der Verfasser nicht mehr mit „den Juden", sondern mit ihren Feinden beschäftigt. Auch da reduziert er, indem er im Antibolschewismus die eigentliche Triebkraft des natio- nalsozialistischen Antisemitismus' glaubt sehen zu können. Dieser sei eine nachvollziehbare Reaktion, eine „Gegenbewegung" auf die „vitale(n) Bedrohung für die christlich-bürgerliche Welt" seitens eines „durch ‚rote Assimilanten' (i.e. Kommunisten jüdischer Herkunft, L.H.) geprägten revolutionären Kommunismus" gewesen. Damit mutiert Adolf Hitler unter der Hand zum Verteidiger des christlichen Abendlandes. Kein Wunder, dass Ernst Nolte sich mit einem achtseitigen Vorwort bedankt.

Ausdrücklich bestreitet der Verfasser, dass der Antisemitismus der Nazis rassistischer Natur gewesen sei. Mit dem Terminus ‚Rassismus' werde heutzutage lediglich der Zweck verfolgt, „der für viele peinlichen Verwicklung einer Fraktion der Judenheit in den revolutionären Kommunismus aus dem Weg zu gehen". Im Umkehrschluss heißt das: Nicht in einem fiktiven Rassismus, sondern in einer durchaus realen „Parteinahme einer bedeutsamen Fraktion der Judenheit für Sozialismus und Kommunismus" müsse die eigentliche Ursache des Holocaust gesehen werden. Keineswegs habe Goldhagen daher Recht, wenn er meint, „dass ‚Antisemitismus nichts mit dem Handeln der Juden zu tun' hat". Es gäbe vielmehr eine durch historische Fakten belegte Mitverantwortung der Juden „für die alle Menschenrechte mißachtende terroristische Diktatur der Sowjets" und daher letztlich auch für den auf diese reagierenden nationalsozialistischen Völkermord an den Juden. Allerdings entgeht dem Verfasser, dass ein solches Denken ein kollektives jüdisches Subjekt voraussetzt, das sowohl in einem Tscheka-Führer jüdischer Herkunft handelt als auch dafür in einem christlichen Mädchen jüdischer Herkunft in den Gaskammern von Auschwitz bestraft werden kann. Dieser strukturelle macht den manifesten Antisemitismus tatsächlich überflüssig. Wenn die Juden selbst an ihrem Schicksal Schuld sind, wird der Holocaust ohne ein aggressiv gegen Juden gerichtetes Handeln erklärbar.

Hohmanns „Autokönig"

In der Debatte um die antisemitische Rede Martin Hohmanns spielten die Quellen seiner Behauptung, „Gottlosigkeit" führe unweigerlich zu Täterschaft, nur eine untergeordnete Rolle.

Von Peter Bern



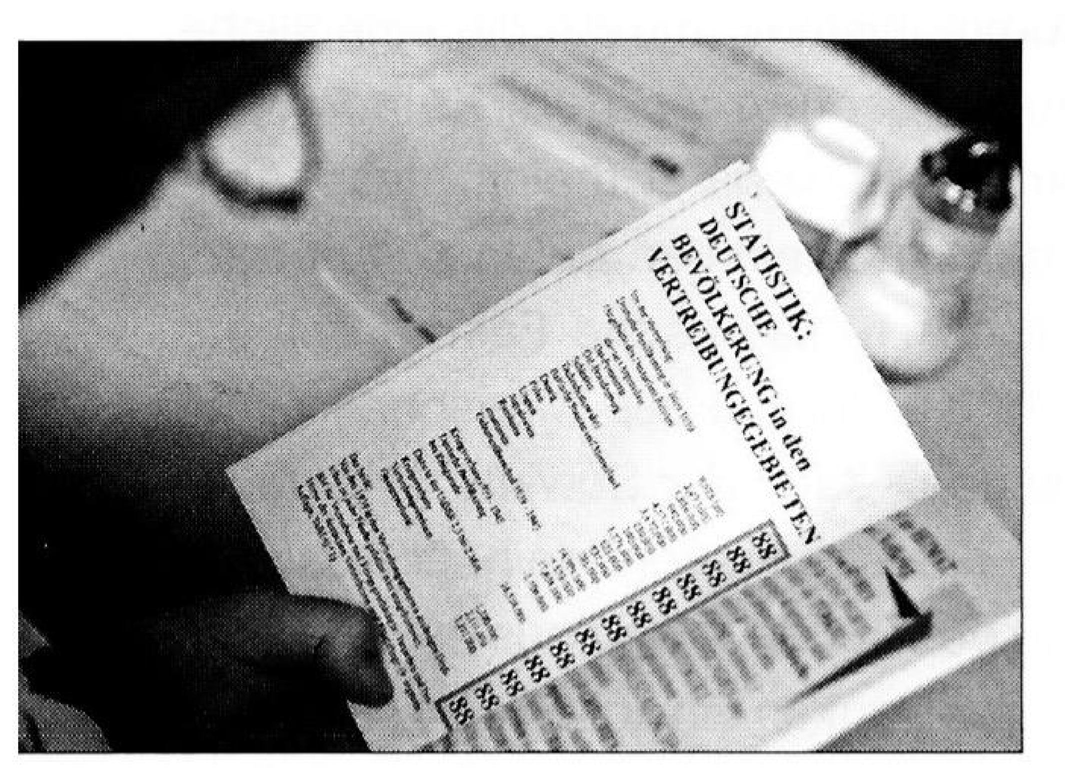
Henry Ford

Dabei hatte der CDU-Bundestagsabgeordnete mit Henry Fords „The International Jew, the World's Foremost Problem" einen antisemitischen Klassiker ins Feld geführt. Dieser basiert auf einer 1920 veröffentlichten Artikelserie Fords im firmeneigenen „Deaborn Independent". Das Buch ist, wie Wolfgang Benz vom Berliner „Zentrum für Antisemitismusforschung" anmerkte, eine Populärversion der „Protokolle der Weisen von Zion". Wie in der prominenten Fälschung unterstellt Ford dem Judentum, per Konspiration nach Weltherrschaft zu streben. Ford sieht „die Juden" als treibende Kraft hinter Geldzirkulation einerseits, hinter der kommunistischen Internationale andererseits. Damit bediente er die Stereotypen vom „jüdischen Kapital" und der „jüdisch-bolschewistischen Verschwörung", die im Kanon des Antisemitismus ihren festen Platz haben. 1938 bekam der amerikanische Industrielle einem hohen Orden des Deutschen Reichs. Die erste deutsche Ausgabe der Hetzschrift („Der internationale Jude, ein Weltproblem. Das erste amerikanische Buch über die Judenfrage") erschien 1921 im Leipziger „Hammer-Verlag" des radikalen Antisemiten Theodor Fritsch. In den 20er und 30er-Jahren erlebte es eine Reihe von Neuauflagen und findet sich heute meist unter „Antisemitismus" oder „Nazi-Propaganda" verschlagwortet. Fritsch war übrigens auch Gründer des „Reichshammerbunds", aus dem die „Thule-Gesellschaft" hervorgegangen war. Die Erschießung von 7 Mitgliedern dieser frühen Naziorganisation durch Münchner Rotgardisten im April 1919 macht Hohmann in seiner Rede selbst für „einen giftigen Antisemitismus" und „lange nachwirkende Rachegelüste" verantwortlich. Ein weiterer Beweis, dass der „konservative Christ" Bolschewismus und Judentum für dasselbe hält und in den klassischen Mustern des Antisemitismus denkt.

Schuld und Sühne auf deutsch

Angekündigt war eine offene und lebendige Diskussion über „Die neue Debatte um Flucht und Vertreibung", in der unterschiedlichen Positionen Raum gegeben werde und die sich nicht nur auf das „Zentrum gegen Vertreibungen" beschränken, sondern Ursachen und Hintergründe der neuerdings geführten Diskussion beleuchten sollte.

Von Annelies Senf



Beim „Tag der Heimat" in Frankfurt, 21.09.2003

Dazu lud am 29. November 2003 in Düsseldorf der Landesverband des „Bund der Vertriebenen" (BdV) in Nordrhein-Westfalen seine Kulturreferenten zur jährlich stattfindenden Landeskulturtagung ein.

Im zweiten, dem öffentlichen Teil der Veranstaltung, kam der Schwerpunkt zur Verhandlung. Deutlich wurde, worum es dem BdV eigentlich geht: Die Vertriebenenverbände als Mitgestalter und Richtungsgeber in der Debatte um Flucht und Vertreibung. Ihrer Ansicht nach sei die Standortfrage um das „Zentrum gegen Vertreibungen" ein Scheingefecht um den Platz der Vertriebenen.

Geleitet von Gernot Facius von der „Welt", plauderten selbstzufrieden Hans Günter Parplies (BdV Landesvorsitzender und Vizepräsident), Prof. Dr. Detlef Brandes („Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa" an der Uni Düsseldorf und Mitunterzeichner des Aufrufs für ein „europäisches Zentrum gegen Vertreibungen") sowie Bernd Hinz (stellv. Sprecher der „Landsmannschaft Ostpreußen" und Kreisvertreter der „Kreisgemeinschaft Preußisch Holland") miteinander.

Die Harmonie auf dem Podium schien der Referent Bernhard von Grünberg (MdL SPD, Mitglied der „Deutsch-Polnischen Gesellschaft", Mitglied der UN Flüchtlingshilfe) zu durchbrechen. Sein Plädoyer für eine gemeinsame partnerschaftliche Versöhnung mit den Polen sowie der von ihm vorgebrachte Anspruch, die Vertreibung der Polen genauso zu thematisieren und dabei nicht das Schicksal der Deutschen in den Mittelpunkt zu rücken, stieß auf heftigen Widerspruch. Aus dem hochbetagten Auditorium wurde ihm vorgehalten, dass solche Ambitionen doch mit der „historischen Wahrheit" kollidieren würden, dass England und Polen die Verursacher des II. Weltkrieges gewesen seien. Daher sollte doch bitte die Forderung nach Vergeltung statt Schlussstrich/Versöhnung auch weiterhin im Vordergrund stehen.

Resümee: Mit dem „Zentrum gegen Vertreibungen" habe, so Parplies, der BdV ein Zeichen in der Debatte gesetzt, ebenso sei es gelungen, das Thema Vertreibungen in die öffentliche Debatte zu bringen. Ein Beispiel biete die englische Diskussion um die Bombenangriffe auf deutsche Zivile. Er bekräftigte die Forderung aus dem Auditorium, dass als nächster Schritt die Aufnahme dieser Erinnerungskultur in den Schulbüchern anstehe.

Schillernde Ambitionen

„Der Mann ist nicht satisfaktionsfähig", betonte Ole von Beust, „mir ist auch egal, ob er eine Partei gründet oder nicht". Deutliche Worte, die Hamburgs Bürgermeister bei der Verkündung des Endes der „Mitte-Rechts-Regierung" am 9. Dezember vergangenen Jahres zu seinem einstigen Innensenator fand. Mit der Gründung einer „Ronald Schill Fraktion" kann Ronald Schill allerdings nun zu der vorgezogenen Bürgerschaftswahl am 29. Februar 2004 antreten. Ganz so „egal" dürften dem CDU-Politiker die Ambitionen seines früheren Mehrheitsbeschaffers also nicht sein.

Von Andreas Speit

Kaum hatte Mario Mettbach als Bundesvorsitzender der Schill-Partei am 16. Dezember verkündet, dass Schill wegen „parteischädigendem Verhaltens" aus der Partei ausgeschlossen ist, erklärte der Ex-Bundes-Ehrenvorsitzende: „Ich behalte mir zivilrechtliche Schritte gegen den Parteiausschluss vor". Doch „Richter Gnadenlos" überlegte nicht nur die Gerichte anzurufen. Er plante schon die Fraktionsgründung mit sechs Getreuen für den 18. Dezember. Die Gründung lässt eine Parteispaltung immer möglicher erscheinen. Nach der Bundesvorstandssitzung versuchte Mettbach die Auseinandersetzung als entschieden darzustellen. „Durch seine medialen Amokläufe", erläuterte Mettbach, sei Schill der „Hauptverantwortliche für die derzeitige Situation, insbesondere den Bruch der Hamburger Koalition". Diese Interpretation der Konflikte um Schill teilten die Bundesvorstandsmitglieder. Allein das Abstimmungsergebnis offenbart nicht die Kräfteverhältnisse in der Partei. Die Mehrheit der nicht stimmberechtigten Beisitzer aus den Landesverbänden hatte sich gegen den Beschluss ausgesprochen. Mittlerweile hat der Landesverband Sachsen-Anhalt um Alan Morris einen Antrag auf einen „außerordentlichen Bundesparteitag" gestellt. Mehr als sechs Landesverbände sollen den Antrag unterstützen. Auf der ge-

wünschten Tagesordnung steht: Aufhebung aller Ordnungsmaßnahmen gegen Schill und die Absetzung Mettbachs. Denn wie der schleswig-holsteinische Landeschef Kay Oelke denken viele Funktionäre: Es sei „alleine Mettbachs Machenschaften die Eskalation zu verdanken". Schon am 10. Dezember soll sich Schill mit 30 Getreuen an einem geheimen Ort in Schleswig-Holstein getroffen haben. Gegenwärtig möchte er sich nach der Fraktionsspaltung zu einer möglichen Parteineugründung nicht äußern. Eines der Mitglieder der echten „Ronald Schill Fraktion" Richard Braak ist redseliger: „Ich gehe davon aus, dass wir noch vor der Bürgerschaftssitzung am 30. Dezember eine eigene Partei gründen werden". Einige Landeschefs wie Jan Timke aus Bremen erklärten schon: „Schill ist für die Partei unverzichtbar". Auch Bundesparteivize Markus Wagner aus Nordrhein-Westfalen hebt hervor: „Ohne Schill ist die Partei kopflos". Hinter den Kulissen rechnen die Schill-Getreuen längst durch, wie viele Mitglieder Schill folgen dürften - egal, ob sie in der alten Partei die Machtverhältnisse kippen, oder eine neue Partei gründen würden. In der Öffentlichkeit gibt sich „von Beust" wegen Schill gelassen, intern handelt die CDU aber bereits. Wenn sie nicht die angestrebte absolute Mehrheit erreicht, stellt CDU-Landeschef Dirk Fischer klar, wäre die „Formation" um Mettbach ein möglicher Partner. Nur die „Jetzt-Ohne-Schill-Partei" würde nach einer Emnid-Umfrage etwa zwei Prozent der Wählerstimmen erhalten. Dagegen wünschen sich laut einer Psephos-Studie „acht Prozent", dass Schill „weiter eine wichtige Rolle in der Politik" spielt.

„Von der Gans zum Ganzen"

Er redete mit dem Vieh, den Vögeln und den Fischen. Ein milder Umgang mit den Tieren und eine gewisse Strenge gegenüber den Menschen war dem graubärtigen Naturburschen eigen. Nicht nur der Hofstaat beschönigte die Forschung des „König Salomo in Lederhose", der mit der Graugans Martina zu Weltrum gelangte. Vor hundert Jahren wurde der Ethologe Konrad Lorenz geboren, dessen soziobiologischen Thesen noch immer nachwirken.

Von Andreas Speit

Kaum ein anderer Forschungsansatz als die vergleichende Verhaltensforschung (Ethologie) von Lorenz, dessen liebevoller Spitzname auf die Sage König Salomos, der mittels eines Rings die Tiere verstehen konnte, anspielt, ist so populär geworden. Lorenz populärwissenschaftliche Publikationen, wie „So kam der Mensch auf den Hund" (1949), erreichten Millionenauflagen. Die Publikationen des Ethologen, die TV-Dokumentationen der Tierforscher Bernhard Grzimek und Heinz Sielmann beeinflussen bis heute, neben Flipper, Fury und Lassie, das bundesdeutsche Naturverständnis. Der am 7. November 1903 in Altenburg als Sohn des erfolgreichen Orthopäden Adolf Lorenz Geborene und 1989 in Wien Verstorbene wuchs auf einem Landsitz auf, dessen Park er mit Hunden, Katzen und vor allem Vögeln besiedelte. Nach eigenem Bekunden gewann er die Liebe zu den Graugänsen durch die Geschichte Selma Lagerlöfs über „Die wundersame Reise des kleinen Nils Holgersson mit den Wildgänsen". Der Promotion 1928 als Doktor der Medizin schloss er ein Studium der Zoologie an. Als er in Wien die Vergleichende Anatomie kennenlernte, überlegte er diese Methode auch auf das Verhalten anzuwenden.


Konrad Lorenz (rechts)

Die Lorenzsche Ethologie begann in den 1930 Jahren mit der Wildgans Martina. An ihr beobachtete er erstmals das Phänomen der Prägung. „Hier bin ich – wo bist du?" übersetzte Lorenz die ersten Laute der geschlüpften Martina und ordnete sie als Selbstvergewisserung ein, dass sie nicht alleine auf der Welt sei, und als Zeugnis von der sozialen Natur der Wildgans und des Menschen. Doch aus der Liebe zu einem Gänseküken entwickelte er eine Verachtung gegen die „Verhausschweinung" des Menschen.

Lorenz fragte sich: „Wer hat Martina diese Sätze beigebracht, die Umwelt oder deine Gene?". Die in jenen Jahre behaviouristisch orientierte Biologie meinte, dass das ganze tierische und menschliche Verhalten erlernt und programmierbar sei. Lorenz antwortete dem entgegen, dass vererbte Instinktreaktionen, wie Flucht- und Abwehrhandlungen, durch feste Schlüsselreize ausgelöst, das Verhalten bestimmen würden. So richtete sich denn auch ab Mitte der 1930 Jahren seine Hoffnung auf die „vorurteilsfreie Wissenschaft" in Deutschland. Als eine „Erlösung für die Wissenschaft" begrüßte er 1938 den Anschluss Österreichs. Dieses offene Bekenntnis des 1938 der NSDAP Beigetretenen und der geäußerte Wille sich in die Wissenschaftsdienste des Nationalsozialismus stellen zu wollen, waren nicht alleine einem „instinktiven" Karriereverhalten geschuldet. Doch erst der Professor für psychologische Anthropologie Erich Jaensch, welcher aus einer vergleichenden Rassenpsychologie zwischen Tier und Mensch eine „Typenlehre" entwickelte, um „vollwertiges" und „minderwertiges" Leben unterscheiden zu können, eröffnete Lorenz den Zugang in die deutsche Wissenschaftswelt. Nonchalant übertrug Lorenz seine von der Tierethologie abgeleitet Theorie der „Arterhaltung" und „Auslese" auf die Humanethologie. Dank seines Mentors konnte er neben populärwissenschaftlichen Artikeln auch Fachbeiträge veröffentlichen, in denen er über die Degeneration „arteigenen Verhaltens" klagte und eine erbliche Veränderung, die „ausgemerzt" gehört, forderte. In der „Zeitschrift für angewandte Psychologie und Charakterkunde" wird Lorenz 1940 unter dem Titel „Durch Domestikation verursachte Störungen arteigenen Verhaltens" deutlicher: „So müsste die Rassenpflege dennoch auf eine noch schärfere Ausmerzung ethisch Minderwertiger bedacht sein, als sie es heute schon ist". Schließlich könne man „etwa von einem krummbeinigen, schlapp

hängebäuchigen und blaß-schnäbeligen Graugansert, wie er durch nachlässige Aufzucht (...) leicht erzeugt wird, mit absoluter Sicherheit voraussagen, dass sein soziales Verhalten alles andere als normal sein wird. Bei den reinblütigen Wildgänsen hat also die Ansicht der alten Griechen, dass ein schöner Mann nie schlecht und ein hässlicher Mann nie gut sein können, volle Gültigkeit". In einer künstlichen Situation könnten indes auch die minderwertigen Typen überleben. Als kulturelles Äquivalent zum degenerierten Haustier macht er den Stadtmenschen aus, dessen „Verhausschweinung" am Hängebauch und Mopskopf zu erkennen sei.

Die Karriere führte Lorenz kurz vor dem Kriegseinsatz 1940 noch auf eine Psychologie-Professur nach Königsberg. Am Zweiten Weltkrieg sorgte ihn besonders, dass die „besten Germanenvölker der Welt sich gegenseitig schwer beschädigen, während die ganze nicht-weiße, schwarze, gelbe, jüdische (Welt ...) sich freut". Welche mehrjährige Forschung Lorenz als Militärpsychiater in Posen an kriegstraumatisierten Soldaten vornahm oder ob er an Euthanasiemaßnahmen gegen behinderte Menschen beteiligt war, ist bisher nicht bekannt. Sicher ist nur, dass er 1944 in sowjetische Kriegsgefangenschaft geriet, wo er als Arzt die Mithäftlinge mit Erzählungen von seinen Tieren aufmunterte. 1948 kehrte er nach Altenberg zurück und trat mit der Max-Planck-Gesellschaft in Verhandlung. Mit Erfolg: Zunächst finanzierte die bundesdeutsche Wissenschaftsinstitution dem Ethologen eine Forschungsstelle für vergleichende Verhaltensforschung in Westfalen, später in Oberbayern. Das Institut in Seewiesen baut Lorenz zu „dem" Zentrum der Ethologie aus und beeinflusst auch andere Wissenschaftsbereiche, wie Psychologie und Soziologie. Die internationale Reputation erfuhr er spätestens, als er 1954 im US-Fernsehen mit fünf auf ihn geprägten Entenküken auftritt. „He talks baby ducks into thinking he's mother" titelte „The Herald Tribune".

Die radikale Rhetorik unterlässt Lorenz nun, verlässt aber nie seine zentralen Thesen, nach der die Vererbung bei Mensch und Tier dessen Verhalten bestimmen würde und dass nur allein die organische Wildform und nicht die degenerierte Domestikationsform Mensch und Tier erhalten könnte. „Wir sind mit dem Genom des Steinzeitmenschen geschlagen" betonte er immer wieder und 1963 beschrieb er in dem Bestseller „Das sogenannte Böse. Eine Naturgeschichte der Aggression" ein „angeborenes Aggressionsverhalten" des Menschen. Und 1973 erklärt er in „Die acht Todsünden der zivilisierten Menschheit", dass die „Verweichlichung" durch das „Fortschreiten von Technologie und Pharmakologie" den „naturgewollten Wogengang (...) von Leid und Freude" aufhebt.

„Das ideologische Ausschlachten der Sehnsucht nach ländlicher Natur und das Unbehagen an der städtischen Kultur", kritisiert Pierre Bourdieu, „beruht auf das stillschweigende Gleichsetzen von der Rückkehr zur Natur mit der Rückkehr zum Naturrecht". Eine Gleichsetzung, die unterschiedlich vollzogen werden kann: „in der Restaurierung der an die bäuerliche Welt gebundenen mystifizierten Verhältnisse patriarchalischen oder paternalistischen Typs, aber auch brutaler in der Berufung auf Unterschiede und Triebe".

Solch eine konservativ-faschistische Kulturkritik wiederholt Lorenz, wenn er von der Überbevölkerung, der Umweltzerstörung und dem genetischen Verfall spricht. Biologische Muster galten ihm als anthropologische Konstanten, welche letztendlich die genetische Veranlagung vor den freien Willen, das Überleben der Gattung vor die Wünsche des Einzelnen und alles Leben unter Kosten-Nutzen-Analyse der biologischen Reproduktion stellen. Kriege, Morde und Vergewaltigungen erscheinen so als biologische Reaktionen.

Für die Entscheidung des Nobelpreiskomitees war seine Vita kein Hinderungsgrund, Lorenz 1973 den Nobelpreis zu überreichen. Als linkes „Gesindel und Dreckschleudern" fertigte der Preisträger die Kritiker ab. „Ich war nie politisch", wiederholte er und leugnete erneut seine NSDAP-Mitgliedschaft.

Bis heute geben Lorenz Schüler dieses Credo des Meisters wieder. In den ergänzenden Essays der neu aufgelegten Autobiografie „Eigentlich wollt ich eine Wildgans werden" erklärt Irenäus Eibl-Eibesfeldt: Der Tod der Zivilisation sei für Lorenz nicht unausweichlich, vielmehr sei es nur eine Erkrankung und „als Arzt war es ihm wichtig (...) auf mögliche Therapien hinzuweisen". Wolfgang Schleidt beschönigt ergänzend, das Vergangene nicht nach heutigen Maßstäben zu beurteilen. Außerdem „haben sich keine Beweise gefunden, dass (...) Lorenz Überlegungen (...) von den Machthabern des Dritten Reichs überhaupt zur Kenntnis" genommen wurden. Ein gewagtes Argument, denn in der ebenso anlässlich des Jubiläums erschienenen Biografie weisen Klaus Taschwer und Benedikt Föger nach, dass Lorenz als Mitarbeiter des „Rassenpolitischen Amtes" auch „Redeerlaubnis" hatte. Eine gefundene Zeitungsmeldung nach der die „Lorenzsche Domestikationsforschung bereits Anwendung beim Menschen finde" widerlegt ebenso dies Argument.

Wenn Lorenz von der Gans aufs Ganze kam, wie der Spiegel mal schrieb, endete das bei empirisch nicht abgesicherten Behauptungen über deren angebliche Natur. Diese Behauptungen vom angeborenen Verhalten des Menschen griff auch die „Neue Rechte" auf, zu der er sich selbst hingezogen fühlte. Zeitweise gehörte Lorenz dem Unterstützerkomitee von Alain de Benoists Zeitschrift „Nouvelle École" an.

Gesellschaftlich nachhaltiger dürfte die von Lorenz beeinflusste allgemeine Soziobiologie wirken, die im Besonderen die Re-Biologisierung des Sozialen vorantreibt. Eine neue akademische Phalanx aus Evolutionstheorie, Genetik und Ethologie erklärt mal wieder, dass der Mensch seiner „Natur nach" keineswegs gut sei, Leittiere bräuchte und Fremde wegbeiße. Suchten Ethologen Lorenz Generation die versteckte Programmierung bei Tier und Mensch noch in neuralen Schaltungen und Nervenbahnen, tauchen ihre geistigen Enkel auf der Suche nach Determinanten in die Gene und Enzyme ein.

Determinismus und Natur versus Dynamik und Kultur erleben nicht nur in den verschiedensten Wissenschaften eine Renaissance. Aktuell präsentieren Allan und Barbara Pease in ihrem Spiegel-Bestseller „Warum Männer nicht zuhören und Frauen schlecht einparken" ganz „natürliche Erklärungen für eigentlich unerklärliche Schwächen" – vom Einkaufen bis hin zu Vergewaltigungen. „Das größte Problem, mit dem die Menschheit heutzutage konfrontiert wird", resümieren die Kommunikationstrainer, „besteht darin, daß ihre hochfliegenden Ideale und Verhaltenskonzepte der genetischen Realität um eine Million Jahre voraus sind".

Die Graugänse verrieten Lorenz dies schon früh. Als greiser Mahner trat er zu seinem Lebensende für die Öko- und Anti-Kernkraft-Bewegung auf. In seinen letzten Interviews warnte der auch heute von passionierten Naturschützern, Hundebesitzern und anderen Tierfreunden verehrte „Vater der Graugänse" vor der zu hohen Reproduktionsrate von „Gangstern" und der zu niedrigen der „ethischen Menschen".

Gaststätte durchsucht

In der Nacht zum 23. November haben starke Polizeikräfte die Gaststätte „Adler" im schwäbischen Meckenbeuren nahe Friedrichshafen gestürmt. Das Lokal hatte sich in den vergangenen Wochen zu einem regelmäßigen Treffpunkt der rechtsextremen Szene aus ganz Baden-Württemberg, Bayern und dem angrenzenden Ausland entwickelt. Am Samstag Abend hatte der Regensburger Liedermacher Michael Müller dort einen Auftritt, bei dem auch Mitglieder und Funktionäre der „Jungen Nationaldemokraten" und der NPD anwesend waren. Die Gaststätte wurde nach dem Polizeieinsatz geschlossen.



Kommunaler Rechtstrend

Eine Wahlsimulation des „Landesjugendringes" Brandenburg ließ einen möglichen Wahltrend bei der Kommunalwahl 2003 erahnen.

Von Janine Clausen



Um ihrer Forderung, das Herabsetzten des Wahlalters auf 16 Jahre, Nachdruck zu verleihen, forderte der „Landesjugendring" Jugendliche zwischen 16 und 17 Jahren auf, per Telefon, SMS, Fax oder in ausgewählten Jugendclubs an die Wahlurne zu gehen. Das Ergebnis des Experiments: Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands" (NPD) erhielt mit 11,9 Prozent der Stimmen den vierten Platz. Auch das reale Wahlergebnis hat die NPD erfreut. Ebenso die „Deutsche Volksunion" (DVU) und die „Partei-Rechtsstaatliche Offensive" (Schill-Partei). Bei den Kommunalwahlen am 26. Oktober vergangenen Jahres konnte die NPD unter Landesvorsitz von Mario Schulz und dessen Stellvertreter Klaus Beier landesweit 14.533 Wähler für sich gewinnen. 1998 stimmten nur 2.000 Personen für die Partei. Nun ist sie in den Kreistagen von Prignitz und Oberhavel, sowie im Stadtrat von Wittstock mit je einem Sitz vertreten. In Oder-Spree, kündigt die NPD an, werden Schulz und Beier „die erste NPD-Kreistagsfraktion" in Brandenburg bilden. Unter dem Motto „Wem hilft jammern? Lieber richtig wählen – NPD!" glaubt die Partei die Herzen der Brandenburger erreicht zu haben. Trotz Miniwahlkampfetat hätte sie, überall wo sie antrat, Mandate errungen. Nicht ohne Häme stellt die NPD fest, dass sie dort, wo sie sich „in Konkurrenz zur derzeit noch im Landtag vertretenen DVU befand, das Dreifache der Stimmen" holte. Allerdings kann auch die DVU die Wahlergebnisse feiern. Sie zog in alle Kommunalkreise, in denen sie kandidierte, in die Parlamente. „Auf Anhieb", verkündet die Landespartei, habe sie in der Landeshauptstadt Potsdam, der Stadtverordnung von Müncheberg, der Gemeindevertretung von Rüdersdorf und in den Kreistagen von Märkisch-Oderland, Oder-Spree, Postdam-Mittelmark und Teltow-Fläming je einen Abgeordnetensitz gewinnen können. Jeweils zwei Sitze errangen sie in den Kreistagen in Elbe-Elster und Oberspreewald-Lausitz. Der Erfolg sei ein „günstiges Vorzeichen für den Wiedereinzug" in den Landtag, verkündet die DVU. Nur die Schill-Partei feiert die Wahlen nicht. Was jedoch nicht an den Wahlergebnissen, sondern an den Parteiquerelen liegen dürfte. Denn trotz des Gedränges am rechten Rand zogen die Schillianer in Barnim mit drei, in Frankfurt/Oder mit zwei und in Märkisch-Oderland, Oberhavel, Oder-Spree, Spree-Neiße und Havelland mit je einem Sitz in die Parlamente ein. Sollten die rechten Abgeordneten ihr Amt wahrnehmen, könnten sie das Klima für offene Projekte auf kommunaler Ebene verschlechtern.



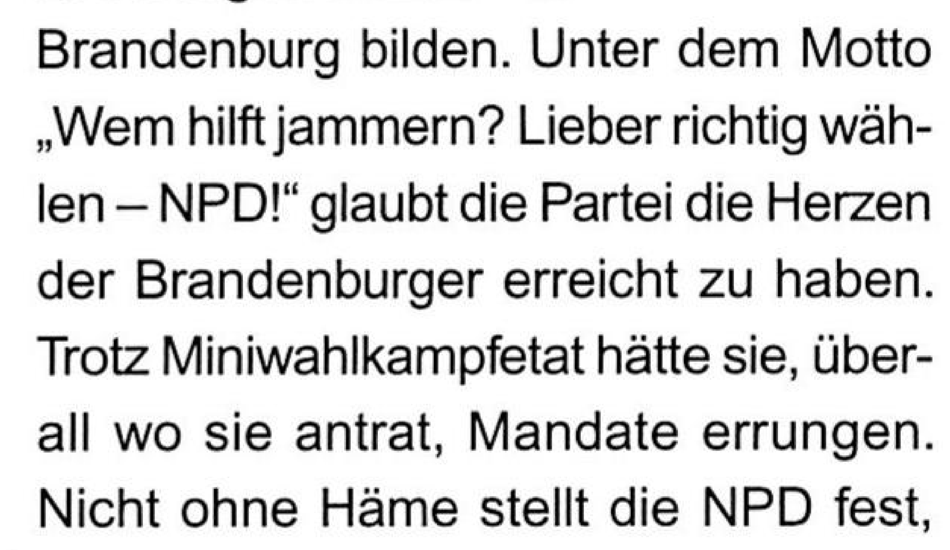
Klaus Beier; Bild li. oben: Mario Schulz (Bildmitte)

Neonazi-Schläger im Stadtparlament

Von Anna Ihme

Bei den Kommunalwahlen in der brandenburgischen Stadt Wittstock am 26. Oktober 2003 gelang es dem NPD-Kandidaten Mathias Wirth (24), mit 509 Stimmen (4,07%) in die Stadtverordnetenversammlung einzuziehen. Wirth, der am 11. August 2003 als Anmelder eines lokalen Rudolf Hess-Marsches in Wittstock fungierte und via Internet im Namen des „Nationalen Widerstandes Prignitz/ Ruppin" Spendengelder für einen nach nächtlicher Zechtour verunfallten „Kameraden" sammelte, ist auch in strafrechtlicher Hinsicht kein unbeschriebenes Blatt.

Erst kürzlich wurde bekannt, dass bereits seit 2002 gegen ihn wie auch elf weitere Neonazis eine Anklage der Staatsanwaltschaft Neuruppin im Zusammenhang mit einem der schwersten Krawalle von Rechten in der Geschichte des Landes Brandenburg vorliegt. In der Nacht zum 14. Oktober 2001 hatten sich etwa 80 aus Nordbrandenburg und Mecklenburg-Vorpommern stammende Neonazis vor dem Wittstocker Jugendclub „Havanna" eine Schlacht mit der Polizei geliefert. Zuvor waren dort auf einer als „Geburtstagsfeier" angemeldeten Veranstaltung lautstark extrem rechte Musik abgespielt und Parolen wie „Berlin bleibt deutsch" gegrölt worden. Als die Polizei die Personalien feststellen wollte, flogen Tische, Stühle, Flaschen und ein Feuerlöscher. Auch Mathias Wirth befand sich unter den 58 Festgenommenen, er kam mit sechs weiteren Neonazis in U-Haft, wo er einen Monat verblieb. Die Vorwürfe im Fall Wirth lauten Landfriedensbruch in besonders schwerem Fall, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und Versuch der gefährlichen Körperverletzung. Ein Prozess-Termin steht, wohl wegen Überlastung der zuständigen Kammer mit dem Potzlow-Prozess, bislang noch nicht fest.



...hl in den Knast

Knop sitzt eine Haftstrafe ab, Mathias Wirth ist angeklagt

Sven Knop (li.) und Mathias Wirth

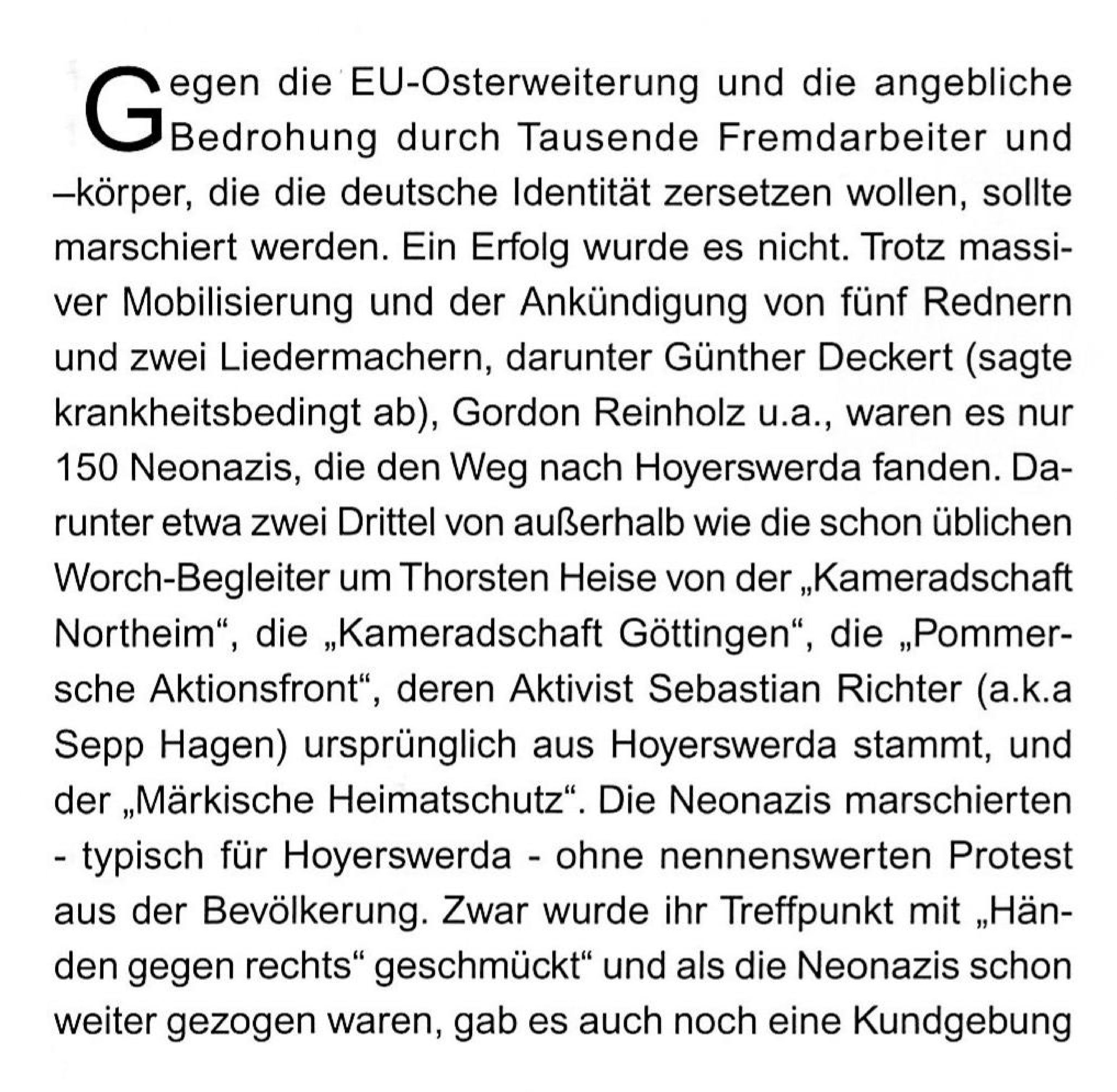
Im Fall eines weiteren Kandidaten der NPD in Wittstock, Sven Knop (25), dessen Einzug ins Parlament jedoch die Wähler verhinderten, war sogar die Aufstellung zur Wahl rechtswidrig. Laut Strafgesetzbuch ist eine Kandidatur dann unmöglich, wenn eine rechtskräftige Verurteilung über ein Strafmaß von mindestens einem Jahr Freiheitsentzug aktenkundig ist. Knop, bereits vorbestraft wegen einer rassistisch motivierten Tat, wurde in einem Berufungsverfahren der Staatsanwaltschaft wegen versuchter gefährlicher Körperverletzung zu zwei Jahren Haft verurteilt. Im Jahr 2001 hetzte er in Wittstock mit drei anderen Neonazis einen dunkelhäutigen Jungen, bis dieser von einem Balkon abstürzte. Erklärungen, weshalb das Landgericht in Neuruppin die Streichung aus dem Wählerverzeichnis nicht weitergeleitet hat, blieben bisher aus.

Brauner Doppelpack

Worch & Co. in Hoyerswerda und Cottbus

Ein „donnernder politischer Paukenschlag" zum „Abschluß des Kampfjahres 2003" sollte es werden, was die „Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft" (BDVG) und Christian Worch am 13. Dezember 2003 in Hoyerswerda und Cottbus planten. Zwei Aufmärsche, kurz nacheinander, sollten Kampfstärke und Entschlossenheit zeigen.

Von Peter Conrady



Gegen die EU-Osterweiterung und die angebliche Bedrohung durch Tausende Fremdarbeiter und –körper, die die deutsche Identität zersetzen wollen, sollte marschiert werden. Ein Erfolg wurde es nicht. Trotz massiver Mobilisierung und der Ankündigung von fünf Rednern und zwei Liedermachern, darunter Günther Deckert (sagte krankheitsbedingt ab), Gordon Reinholz u.a., waren es nur 150 Neonazis, die den Weg nach Hoyerswerda fanden. Darunter etwa zwei Drittel von außerhalb wie die schon üblichen Worch-Begleiter um Thorsten Heise von der „Kameradschaft Northeim", die „Kameradschaft Göttingen", die „Pommersche Aktionsfront", deren Aktivist Sebastian Richter (a.k.a Sepp Hagen) ursprünglich aus Hoyerswerda stammt, und der „Märkische Heimatschutz". Die Neonazis marschierten - typisch für Hoyerswerda - ohne nennenswerten Protest aus der Bevölkerung. Zwar wurde ihr Treffpunkt mit „Händen gegen rechts" geschmückt" und als die Neonazis schon weiter gezogen waren, gab es auch noch eine Kundgebung der Stadt, wobei gegen die Nazis „angeschwiegen" wurde. Dennoch kann nur ein Resümee gezogen werden: Ungestört ließ man mit Worch & Co. die geistigen Brandstifter marschieren, die mitverantwortlich zeichnen für die rassistischen Pogrome, welche die Stadt im September 1991 weltweit bekannt machten und das Fanal für eine in der BRD-Geschichte bisher nichtgekannte Stufe des Menschenhasses darstellen. Ein anderes Bild zeigte sich Stunden später in Cottbus. Hier plante ein linkes Bündnis eine Demonstration gegen die Nazis, welche so von der Verwaltung eingeschränkt wurde, dass man sich entschloss, sie nach der Auftaktkundgebung zum großen Erstaunen der Polizei einfach selbst aufzulösen und dazu aufzurufen, die Nazidemonstration zu blockieren.

Schon zu Beginn des Nazi-Aufmarsches musste die Polizei den Nazis den Weg mit Knüppeln und Einsatz von Pfefferspray frei prügeln. Wie in Hoyerswerda spielte auch in Cottbus die Stadt keine rühmliche Rolle. Im Vorfeld beteiligte sie sich an den Schikanen gegen das linke Bündnis und rief selbst zu einer „Besendemo" nach dem Nazi-Aufmarsch auf, um den „braunen Dreck" aus der Stadt zu fegen. Hierzu wurden 3.000 BürgerInnen erwartet. Es wurden schließlich nicht einmal 300. Nicht nur wegen der massiven und entschlossenen Gegenaktivitäten von Antifas, die, für Ostdeutschland ungewöhnlich, auch von vielen älteren und alten Menschen unterstützt wurden, gab es keinen „nationalen Paukenschlag" in Cottbus.

Alarm im Speckgürtel

Von Moritz Kramer & Lena Friedrichs

In der Region Achim/Verden bei Bremen sorgen Rechte, Alt- und Neonazis wöchentlich für schlechte Schlagzeilen. Da ist der bereits im DRR beschriebene Kreis rechtskonservativer Bürger von Heinrich Rathjen, Dieter Fricke und K. Arlt, welcher unter dem Namen „Unabhängige Bürgergemeinschaft" alle zwei Monate Veranstaltungen organisiert. Im November luden sie zu einer Veranstaltung unter dem Titel „Zuwanderung nach Deutschland - Chancen, Mythen, Risiken" mit dem Referenten Rolf Stolz ein.



Die Aktivisten von NPD/JN machen mit einer auf der eigenen Homepage groß gefeierten „Schuloffensive" den Versuch, Jugendliche in der Region zu binden. Federführend dabei ist Sven Wellhausen aus Blender, der sowohl für NPD wie auch für „Freie Kameradschaften" in Erscheinung tritt, die regionale NPD-Internetpräsenz angemeldet hat und Ende September als Anmelder einer Mahnwache der NPD in Achim in Erscheinung trat. Aber auch der ehemalige Vorsitzende der JN Niedersachsen, Florian Cordes, mischt im Hintergrund weiterhin mit.

Am 16. November 2003, „Volkstrauertag", gab es aus dem Kreis der NPD/JN den Versuch sich mit Fahnen und Kranz in die bürgerlichen Trauerzeremonien einzureihen und am Achimer Ehrenmal diesen Kranz (die Schleife trug die Aufschrift „Wir gedenken unseren gefallenen Helden von Wehrmacht und Waffen-SS") niederzulegen. Nachdem die Polizei dies verhinderte, wurde der Kranz kurz darauf in Oyten-Sagehorn abgelegt.

Am 6. Dezember wurde der jüdische Friedhof in Achim geschändet und mit Hakenkreuzen und Parolen beschmiert. Auch auf dem Gelände des angrenzenden Schulzentrums fanden sich Parolen („Wir sind zurück - Heil Deutschland").

Am 13. Dezember berichtete das Achimer Kreisblatt von einer ausgesetzten Belohnung für die Aufklärung der Schändung des jüdischen Friedhofs. Die 1.000 Euro werden skurrilerweise von Rathjen und Fricke offeriert, kommen also aus genau demjenigen Kreis, der die bereits erwähnten rechtskonservativen Veranstaltungen macht.

Trotz der vielen Vorfälle sind Stimmen zu vernehmen denen zufolge Achim sich nicht zu einer Hochburg der Rechten entwickelt, obwohl die schlechten Nachrichten eindeutig überwiegen. In ein anderes Horn wird von der Antifa geblasen, die am 9. November eine Bustour ins Bremer Umland startete und einigen der oben erwähnten Personen einen Besuch abstattete.

Eine Station war Achim-Uesen. Dort wohnt der besagte Bauunternehmer Heinrich Rathjen.Von Rathjen ging es zu Rigolf Hennig in Verden. Weitere Stationen waren das Tonstudio „Art of Sound" und eine Gedenkstätte in Stuhr.

Zweierlei Maß

Der 25-jährige Mario Teichgräber und seine Kumpel machen auch vor Gericht keinen Hehl daraus, dass sie etwas gegen „Zecken" (Linke) haben.

Von Spolle

Als sie am Abend des 23. August 2002 den Marktplatz in Branderbisdorf passieren, einem Treffpunkt von Jugendlichen, steigt Rene Männchen aus dem Fahrzeug von Teichgräber und schlägt grundlos einen 16-jährigen, steigt in das Fahrzeug und verschwindet wieder. Der betroffene Jugendliche und seine Kumpel alarmieren weitere Freunde und Freundinnen. Zusammen mit ihnen suchen sie nach dem Fahrzeug mit dem Dippoldiswalder Kennzeichen und werden an der Bushaltestelle am Gymnasium fündig. Als Teichgräber und seine Begleiter die Jugendlichen, darunter einige Punks, ankommen sehen, springen sie in das Auto und fahren los. Sie hauen nicht etwa ab, sondern halten mit dem Fahrzeug auf die Gruppe Jugendlicher zu. „Gegen 0:30 Uhr erfasst er bei einer Geschwindigkeit von etwa 60 km/h einen der Punks, der auf der linken Fahrbahnseite geht und schleudert ihn zu Boden", ist aus der Anklage zu entnehmen. Der junge Mann, Mike, zieht sich eine Unterschenkelfraktur und Schürfwunden zu. Teichgräber bremst nicht ab, sondern behält seine Geschwindigkeit bei. Wenig später fährt er links an einer Fußgängerinsel vorbei, rammt einen weiteren Punk, Marcel, der von dort aus die Straße überqueren will und schleudert ihn auf die Straße. Schädel-, Halswirbelkörper- und Beckenringfraktur sowie zahlreiche andere Verletzungen sind die Folgen, unter denen der Punk noch heute zu leiden hat. Teichgräber wurde der fahrlässigen Körperverletzung in zwei Fällen schuldig gesprochen. Richter Rudolf Hackel verurteilt ihn am 10. November 2003 zu einer Geldstrafe von 135 Tagessätzen zu je zehn Euro. Die Opfer treffe keine Mitschuld, so die Staatsanwältin. Zugunsten des Angeklagten spreche, dass er sich nach dem zweiten Unfall selbst der Polizei gestellt habe.

Nur zwei Wochen später findet auf dem Obermarkt in Freiberg eine von Holger Apfel angemeldete NPD-Wahlkampfveranstaltung statt. Im Verlauf der Veranstaltung eskaliert die Situation zwischen Neonazis und überwiegend jugendlichen AntifaschistInnen. Als die Polizei ein 15-jähriges Mädchen nach einem vermeintlichen Flaschenwurf brutal zusammenknüppelt und die Neonazis das mit Jubelgegröle begleiten, reagieren Antifaschisten mit Gegenrufen „Wir wollen keine Nazi-Schweine!" Der 46-jährige Gerd R., der in der Nähe eines Polizeieinsatzwagens steht, wird festgenommen und später wegen Beleidigung und Widerstand gegen die Staatsgewalt zunächst zu 2.000 Euro Strafe verurteilt. Ein Polizeibeamter war der Auffassung, er sei mit „Nazischwein" gemeint gewesen.

Wiedersehensfeier in Halbe



15.11.2003: Vor dem Soldatenfriedhof im brandenburgischen Halbe

Das interessanteste in Halbe am 5. November 2003 war das peinliche Schauspiel hinter den Trauermarschkulissen. Ein „Freundeskreis Halbe" und die „Freien Nationalisten" hatten unter der Parole „Ruhm und Ehre dem deutschen Frontsoldaten" zur Demonstration und zur Kranzniederlegung auf dem größten deutschen Soldatenfriedhof aufgerufen.

Von Andrea Röpke

Der Aufmarsch wurde nach einigem Hin und Her erlaubt, so konnten die Rechten an die nationalsozialistische Tradition des „Heldengedenkens" anknüpfen.

Über 1000 Polizisten sicherten den Neonazis den Weg, Protest von Gegen-Demonstranten drang kaum zu ihnen durch. Der Zentralfriedhof in Halbe ist mit 27.000 Toten die größte soldatische Gräberstätte in der Bundesrepublik. Aber das interessierte die Neonazis um Organisator Christian Worch und Anmelder Lars Jacobs wenig. Sie waren froh, ihr Ziel endlich wieder erreicht und die Genehmigung für einen Trauermarsch erhalten zu haben. Allerdings konnte ihr Auftritt nicht annähernd mit den martialischen Zuständen von 1990 und 1991 mithalten, das Tragen von Fackeln, Uniformen und Trommeln war verboten worden. Gegen Mittag versammelten sich etwa 600 Neonazis vor dem Bahnhof der kleinen brandenburgischen Stadt. Ein von Worch zum „Offizier für Klebeband" ernannter Neonazi war vollauf damit beschäftigt, alle SS- und NS-Embleme auf den Kranzschleifen und Klamotten seiner Kameraden mit schwarzem Klebeband zu bedecken. Die eintreffenden Führer diverser Kameradschaften begrüssten sich hemdsärmelig. Von der NPD war nicht viel zu sehen, unter den wenigen waren Angehörige der NPD aus Senden. Interessant war der Auftritt der Führungsriege der „Freien Kameradschaften". Die zerstrittenen Hamburger Fraktionen maßen der Veranstaltung scheinbar einen hohen Stellenwert bei und zeigten überraschenderweise gemeinsame Präsenz. Hauptorganisator Worch und sein fleissiger Helfer Jacobs achteten peinlichst darauf, den gemeinsamen Auftritt mit Thomas Wulff bestens zu inszenieren. Bei genauer Betrachtung entpuppte sich das Wiedersehenstreffen jedoch eher als eiskaltes Kalkül. Tobias Thiessen vom Worch-kritischen „Aktionsbüro Norddeutschland" hielt den ganzen Tag eine schwarze Fahne – und sich selbst zurück. Seine Freundin Inge Nottelmann war nicht, wie üblich, in die Organisation eingebunden, halbherzig lächelnd fotografierte sie die „Kameraden". Außer Steffen Hupka und dem einsitzenden Peter Borchert war alles angereist, was Rang und Namen in der Kameradschaftsszene hat, u.a. Christiane Dolscheid („Club 88", Neumünster), Thorsten Heise („Kameradschaft Northeim" und jetziger NPD-Kandidat bei

der Landtagswahl in Thüringen), Oliver Schweigert aus Berlin, der die Eingangskontrollen machte, die thüringischen „Kameraden“ André Kapke und Ralf Wohlleben aus Jena beaufsichtigten die Suppenküche, Daniela Wegener von der ehemaligen „Sauerländer Aktionsfront“ und Sven Liebich und Mirco Appelt aus Sachsen-Anhalt.

Die vielen anwesenden Fotografen und Fernsehteams sorgten für noch schlechtere Stimmung und gereizte Ausfälle. Der braune Liedermacher Manuel, dem die Neurednerin Yvonne Mädel aus Thüringen die Noten halten durfte, hetzte los: „Die Herren von der Presse sollten sich schämen, es waren nicht nur unsere Väter, es waren auch ihre! .. und eines Tages werden Sie sich vor einem Reichsgericht dafür verantworten müssen, das verspreche ich Ihnen!“ Wulff und Worch wechselten sich mit ihren Redebeiträgen peinlichst genau ab. Wulff wirkte dabei äußerst steif und schlecht gelaunt, nichts von der scheinbaren Lockerheit, die der bullige Hamburger Führer ansonsten bei Auftritten vor norddeutschen Kameraden gern an den Tag zu legen versucht. Darüber konnten auch härtere Töne nicht hinwegtäuschen: „... am Ende wird der Zusammenbruch stehen, dann folgt der wirkliche Freiheitssturm unseres Volkes. Und so soll sich der eine oder andere Polizeiführer oder Politiker die Hände noch reiben, das alles sind keine Siege in diesem Krieg, es sind Geplänkel!“ Die Rede endete beschwörend mit: „dann werden wir marschieren Kameraden, jedes Jahr wieder, bis zum Sieg“. Der Northeimer „Kameradschaftsführer“ Thorsten Heise hatte Militärliteratur gewälzt und einen ausführlichen Redebeitrag über den Abwehrkampf der Wehrmacht und die letzten Tage im Kessel von Halbe gehalten. Worch verglich den „Kampf des Kameraden Jacobs“ zur Durchsetzung des „Heldengedenken“ in Halbe gar mit dem „Kampf der Kameraden an der Front, insbesondere an der Ostfront“. In einer Schweigeprozession ging es bis vor den Waldfriedhof von Halbe. Sehr zum Ärger der Kameraden durften sie das Gräberfeld nicht betreten, die Kränze wurden auf einem Rasenstück vor den Eingangstoren abgelegt.

Ermitteln und Vergeben

Der zweite Prozess gegen Mitglieder der „Skinheads Sächsische Schweiz“ ging mit milden Strafen zu Ende.

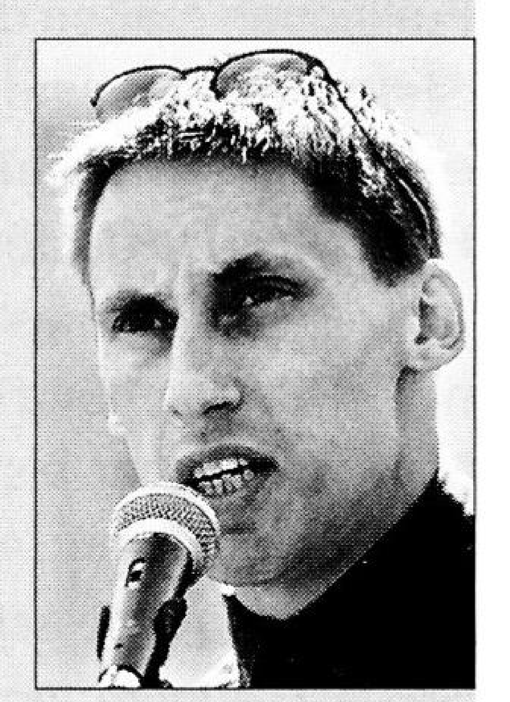
Von Alexander Fichtner

Elf Männer im Alter von 22 bis 26 Jahren, großteils mit Kurzhaarfrisuren, bekleidet mit Bomberjacken von „Alpha-Industries“, rechter Markenbekleidung wie „Thor Steynar“ oder Sweatshirts der Hatecoreband „Discipline“ nahmen am 12. November in der dritten Strafkammer des Dresdner Landgerichts ihre Urteile für die Mitgliedschaft bei den „Skinheads Sächsische Schweiz“ (SSS) entgegen. Wie schon der erste SSS-Prozess im Mai 2003 endete auch dieses zweite Verfahren durch eine Absprache zwischen Staatsanwaltschaft, Verteidigung und Gericht. Die Angeklagten räumten in der einwöchigen Verhandlung über ihre Verteidiger die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft, Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, schwerer Landfriedensbruch, gefährliche Körperverletzung und Nötigung ein und erhielten Jugendstrafen zwischen sechs Monaten und zwei Jahren, die zur Bewährung ausgesetzt wurden. Die SSS sei eindeutig eine kriminelle Vereinigung nach §129 StGB gewesen, so Richter Maciejewski in seiner Urteilsverkündung. Sie habe es sich zum Programm gemacht, politisch anders Denkende zu verfolgen. Konkrete Tatbeteiligungen der bei ihren Überfällen vermummt agierenden SSS-Mitglieder konnten auch in diesem Verfahren nicht aufgeklärt werden, Opfer kamen nicht zu Wort. Ziel der Staatsanwaltschaft war es, die Angeklagten gemeinschaftlich zu verurteilen. Die Verfolgung zivilrechtlicher Klagen ist deshalb für die Opfer der SSS schwierig. Nur zwei der Angeklagten äußerten im Prozeß Reue über ihre Taten, dennoch bescheinigte Oberstaatsanwalt Jürgen Schär dem Großteil der Angeklagten eine Wende zum normalen Leben. Richter Tom Maciejewski bestätigte in seinem Urteil, die Angeklagten besäßen keine schädlichen Neigungen. Weitere Straftaten seien von ihnen nicht zu erwarten, sie seien sozial integriert.

Als Zuschauer saß der bereits im Mai verurteilte Thomas Rackow gemeinsam mit Sven Hagendorf, ehemals Mitbetreiber des Dresdner Naziclubs „Thor“ und Martin Schaffrath von den sächsischen „Hammerskins“ im Gericht. Rackow, der die rechte Internetseite „elbsandstein“ betreibt, organisierte erst im Juli gemeinsam mit dem jetzt Verurteilten Ronny Weber auf dessen Grundstück in Gersdorf bei Pirna eine „Feldschlacht“- ein Ritterspiel, bei dem sich ehemalige SSS-ler gemeinsam mit anderen Mittelalteranhängern treffen. In unmittelbarer Nähe zu Webers Grundstück zündete der ehemalige SSS-ler Andre Fritzsche gemeinsam mit zwei Komplizen Ende August das Auto einer Sinti und Roma-Frau an. Wegen dieser Tat wurde das Verfahren von Fritzsche vom jetzigen Verfahren abgetrennt und auf Januar vertagt. Den Schulterschluss zwischen „Freien Kameradschaften“, SSS und „Hammerskins“ im Gerichtssaal deuteten Prozessbeobachter auch im Hinblick auf die von der Staatsanwaltschaft Dresden schon längere Zeit ausstehende Anklageschrift gegen die sächsischen „Hammerskins“. Gegen 20 bis 25 Personen wird seit Juli 2002 durch die Dresdner Staatsanwaltschaft ermittelt, ebenfalls mit dem Hauptvorwurf der Bildung einer kriminellen Vereinigung.

Militanter Neonazi auf Thüringer NPD-Liste

Der Mitbegründer der „Kameradschaft Northeim“ und mehrfach vorbestrafte Thorsten Heise wurde beim NPD-Landesparteitag in Jena (Thüringen) am Nikolaustag auf Platz 3 der Landesliste gewählt. Vor ihm sind Ralf Wohlleben (1) und Gordon Richter (2) platziert. Der amtierende Landesvorsitzende Frank Schwerdt nannte als wichtige Wahlkampfthemen: „die geplante massenweise Einquartierung neuer Asylanten in Thüringen und die massiven Einschnitte in das deutsche Sozialsystem.“ Bei der am 13. Juni 2004 stattfindenden LT-Wahl will sich die NPD besonders um die Gruppe der Nichtwähler und Erstwähler bemühen.



V.o.n.u.: Thorsten Heise, Ralf Wohlleben

Gordon Richter

„Der Fahnenträger aus Pommern"

Am 15. August 2003 durchsuchte die Polizei die Redaktion des „Fahnenträgers aus Pommern" in Heringsdorf/Insel Usedom. Anlass für die Razzia war das Titelblatt der Ausgabe Nummer 7. Dieses zeigte im Sommer 2002 die Porträts eines Wehrmachtssoldaten und eines SA-Mannes. Zwar sind die SA-Insignien retuschiert worden, jedoch fällt auch die Uniform an sich laut dem Amtsgericht Stralsund unter den Tatbestand § 86a StGB.

Von Stephan Lindke

Bei der Durchsuchung worden bei Kutschke „unter anderem der Rechner, welcher gleichzeitig für informellen Austausch des Aktionsbüro Pommern genutzt [...] wurde, 500 Euro in Bar [...], Disketten, ein Ordner mit sämtlichen bisher erschienen Fahnenträger Ausgaben" beschlagnahmt. Da weitere Durchsuchungen bei Abonnenten stattgefunden haben ist zu vermuten, dass auch die Abonnentenlisten beschlagnahmt wurden. Interessant für die Fahnder dürfte zudem der „informelle Austausch des Aktionsbüro Pommern" sein. Nach der Razzia wurde gegen Kutschke ein Folgeverfahren wegen der Ausgabe Nr. 3 des Fahnenträgers eingeleitet. Auch in diesem Fall wird wegen des Verdachts des Verstoßes gegen den § 86a StGB ermittelt. Kutschke hat allerdings auch schon andere Pläne: Mit dem Erscheinen der „Jubiläumsausgabe" Nr. 10 in 2004 wird, so Kutschke, der „Fahneträger" eingestellt. Stattdessen möchte er eine neue Zeitschrift namens „Vorwärts!" herausgeben. 1999 war die erste Ausgabe des „Fahnenträger aus Pommern" erschienen. Bereits in diesem ersten, noch sehr tumb gestalteten, zwölfseitigen „Rundbrief" bekannte sich die Redaktion zum „nationalen Sozialismus" und definierte sich als parteiunabhängiger Teil des „Nationalen Widerstands". Intention des Fahnenträgers sei „ein Grundwissen über die Umstände und Probleme von Heute und Damals zu vermitteln". Folgerichtig wurden in den bisher erschienenen neun Ausgaben alle gängigen neonazistischen Feindbilder sehr ausführlich behandelt und einer ausgeprägten NS-Apologetik gefrönt. Feste Rubrik sind Artikelserien über sogenannte „alliierte Kriegsverbrechen" und über „Größen von Heute und Damals" wie Albert Leo Schlageter oder Rudolf Hess, sowie Berichte über die „Wehrmachtsausstellung". Der „Fahnenträger" ist durchsetzt von Verschwörungstheorien und geprägt von einem manifesten Antisemitismus. Gerade nach dem Beginn des US-amerikanischen Krieges gegen Afghanistan ist dieser in einen Anti-Amerikanismus umgeschwenkt. Auch der Irak-Krieg wurde umfassend behandelt. Einerseits wird der Kampf der Iraker gegen die amerikanische Besatzung als antisemitisch konnotierter Kampf gegen „USrael" unterstützt, andererseits wird immer wieder versucht, durch eine Gleichsetzung mit dem Bombenkrieg der Alliierten gegen Deutschland im II. Weltkrieg den Nationalsozialismus zu relativieren. In wirtschaftlichen Themenbereichen wird versucht eine spezifisch nationale und soziale Marktwirtschaft zu propagieren, die sich in Teilen explizit an das „parteipolitische Programm [der NSDAP] aus dem Jahr 1926" anlehnt. Wie auch andere neonazistische Fanzines werden die – oftmals übernommenen – „inhaltlichen" Artikel ergänzt durch Interviews mit den Herausgebern anderer Fanzines, „Rechtshilfetipps", Adressenlisten und ähnliches. Explizit ausgeschlossen wurden im „Fahnenträger" sämtliche Berichte über Konzerte oder Aufmärsche. Damit wird deutlich, dass sich der „Fahnenträger" nicht als Erlebnisfanzine für rechte Skinheads, sondern als Organ der regionalen Vorpommerschen Neonaziszene begreift. Der Redaktionskreis versucht gerade durch diesen regionalen Bezug zunehmend strukturfördernd zu agieren. Breiten Raum nehmen Berichte über regionale Aufmärsche und Interviews mit regionalen neonazistischen Kameradschaften und Fanzine-Machern ein. Da der Herausgeber auch als Pressesprecher der „Pommerschen Aktionsfront" (PAF) zeichnet, nimmt die Berichterstattung über die PAF und assoziierte Gruppierungen wie dem „Kameradschaftsbund Usedom" und der „Mitteldeutschen Aktionsfront" (MAF) großen Raum ein. In der Funktion als PAF-Pressesprecher nahm Kutschke beim diesjährigen Pressefest der „Deutschen Stimme" im sächsischen Meerane an einer Podiumsdiskussion teil. Das Thema war „Demonstrationen – Ein wirksames Propagandamittel für den nationalen Widerstand".

Die Gestaltung des Fahnenträgers ist im Laufe der Zeit professionalisiert worden und mit der Ausgabe acht (Anfang 2003) wandelte sich der „Rundbrief" erneut. Die Seitenzahl ist von bis dahin 68 auf 48 reduziert worden um so künftig viermalig im Jahr zu erscheinen. Qua Untertitel wird „Der Fahnenträger aus Pommern" nun als „Rundbrief innerhalb des nationalen und sozialen Aktionsbündnis Mitteldeutschland" definiert. In Layout und Typografie ist eine deutliche Nähe zum 2002 eingestellten „Zentralorgan" erkennbar. Im Editorial der Ausgabe wird der Ende 2002/Anfang 2003 eskalierende Konflikt um eine neonazistische Strategie und um die Wirksamkeit von neonazistischen Aufmärschen stark kritisiert. Kutschke bezieht für den „Fahnenträger" und die „Pommerschen Aktionsfront" deutlich Position gegen den Hamburger Christian Worch, der die massenhafte Präsenz durch Aufmärsche als das gebotene Mittel der Wahl ansieht. Wie auch der Kreis um Thomas Wulff vom „Aktionsbüro Norddeutschland" wird im „Fahnenträger" eine strukturfördernde Aufbauarbeit vor Ort präferiert und mit der „Pommerschen Aktionsfront" versucht, diese auch umzusetzen.

JLO trauert mit Nazianwalt Rieger



Dresden am 13.02.2003

Am 14. Februar 2004 veranstaltet die „Junge Landsmannschaft Ostpreußen" (JLO) ihren Trauermarsch anlässlich des Jahrestags der Bombardierung Dresdens. Der Nazi-Anwalt Rieger und der Nazi-Meistersinger Frank Rennicke werden als Teilnehmer erwartet. Der Marsch soll um 12.00 Uhr hinter der Semperoper beginnen. Um 17.00 Uhr hat das „Nationale Bündnis Dresden" eine Saalveranstaltung mit Rennicke angemeldet. Am Folgetag wollen die Neonazis eine „Friedensdemo" veranstalten.

Bekenntnis zum Terror



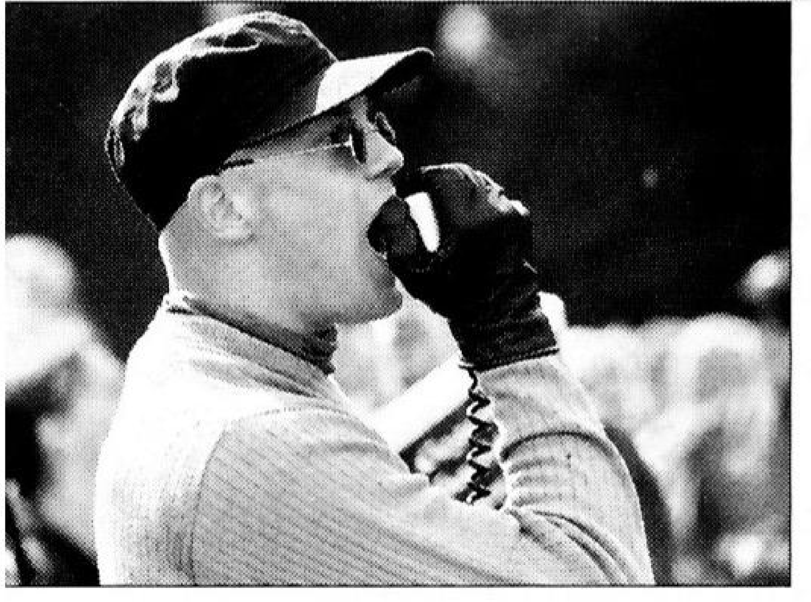
Dortmund, 20.09.2003: „Combat 18 Parcel Service", „Handle With Care"

... bringt Schwung in die Kasse.

Von Uwe Seher

Während gegen die Kameraden von „Combat 18 Pinneberg" die Staatsanwaltschaft wegen Bildung einer kriminiellen Vereinigung ermittelt, vertreiben Aktivisten weiterhin Merchandising Produkte der Marke „Combat 18". Das Geschäft mit der antisemitischen und tödlichen Terrormarke floriert ungestört, und die Behörden gehen nicht wegen „Werbung für eine kriminielle Organisation" gegen die Neonazis vor. So bietet „Front-Records" aus Torgau (Sachsen) den Interessierten eine „nagelneue C18 Fahne!" an, mit dem Slogan: „Combat 18 - Whatever it Takes". Eine klare Message, die auch der „Hatesounds-Records" aus Werder/Havel (Brandenburg) per T-Shirt mit der Schrift „Combat 18 - Actiongroup" vertreibt. Das „T-Hemd" bietet ebenfalls auch „Ohrwurm-Records" aus NRW an, erweitert das Angebot um ein Girly-Format, dass ein Euro weniger kostet. Als ob der Markt aufgeteilt ist, kommen der „Phoenix-Annaberg-versand" aus Sachsen und der „V7-Versand" aus Grevesmühlen (Mecklenburg-Vorpommern) mit einem anderen T-Shirt: „Get a Life - Support 28" (28 dient in Nazikreisen als Synonym für „Blood & Honour"). Eine Kreation bietet auch der W.O.L.-Versand aus Halle (Sachsen-Anhalt) mit dem Slogan „European Skinhead Army". Allen gemein ist das synonyme Motiv für C18, einem „Vermummten mit Pistole". Nicht minder unverhohlen bietet der „V7-Versand" noch eine weitere Terror-Verherrlichung an. In Anspielung auf die Bombenanschläge der C-18-Divisionen in England bietet der Versand ein T-Shirt mit dem Text „Combat 18 Parcel Services" an. Farbgetreu der Firma UPS. Nur das Logo der US-amerikanischen Firma, ein „verschnürtes UPS-Paket", wurde durch eines mit Sprengstoff ersetzt. Auf die Rückseite des Shirts ist ein großer Aufdruck „HANDLE WITH CARE" und als Motiv ein gesprengtes Paket und ein Fadenkreuz gedruckt.

Neue Kampfsportzelle gegründet



Clemens Otto

Die mittelholsteinische Stadt Neumünster entpuppt sich zunehmend als rechtsextreme Rotlichtmilieu-Drehscheibe. Nicht genug, dass der „Club Heil Hitler" („Club 88") im Stadtteil Gadeland bereits auf sein siebenjähriges Bestehen zurückblickt, jetzt zeigt sich immer mehr, dass führende Kräfte der Kameradschaften sich gezielt in die zentral gelegene Stadt Schleswig-Holsteins begeben bzw. ihre Aktivitäten dorthin verlagern.

Von B. Ohne

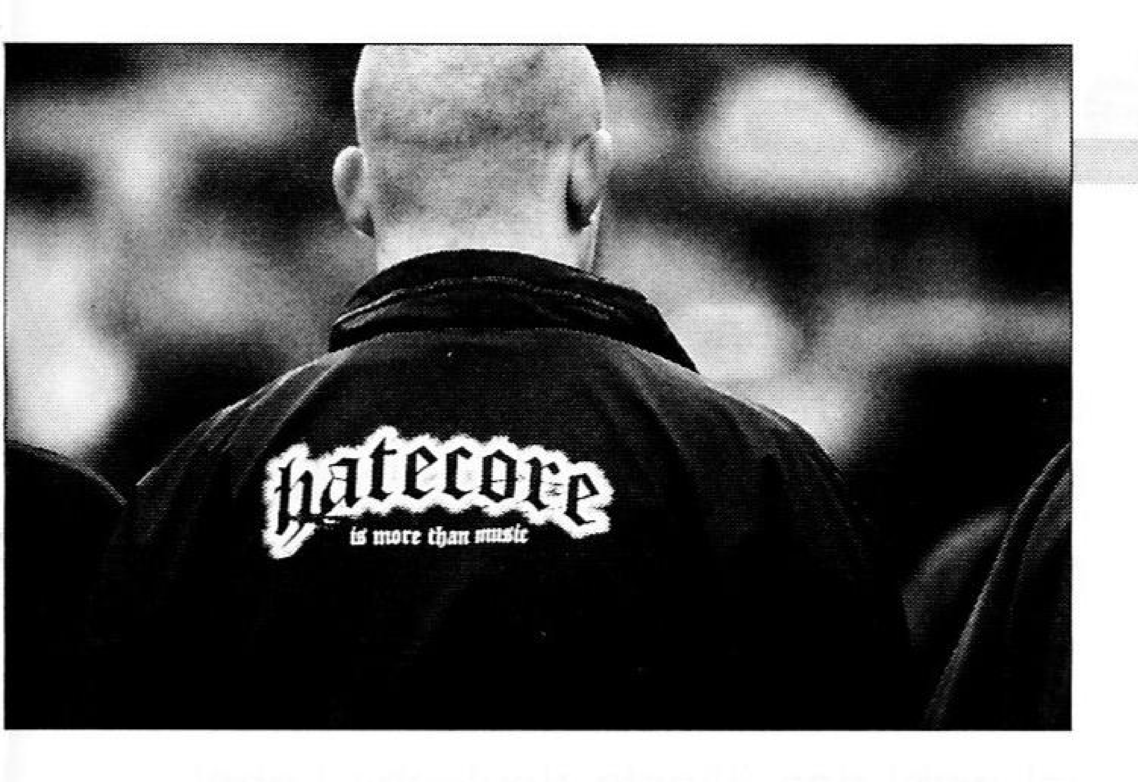
Nicht anders ist es zu werten, dass der Worch-Zögling des „Hamburger Sturms" aus der Pinneberger Kameradschaft, Klemens Otto, seinen Aufenthaltsort nach Neumünster gelegt hat und dort im „Tattoo Point" tätig war, dem eine Nähe zur Hells-Angels-Szene zugeschrieben wird. Kaum vorstellbar, dass Otto, dem im Zusammenhang mit der „Combat-18"-Razzia führende Machenschaften im Rahmen der rechtsextremen Musikproduktionen nachgesagt werden, nicht auch in dem Innenstadtladen seinen Gesinnungsaktivitäten nachgegangen ist.

Ein weiteres Beispiel für eine Neumünster-Orientierung ist die Gründung des Vereins „Athletik Klub Ultra e.V.", der in der Wrangelstraße 34 residiert. Just dort hat 2002 die Konzertfeier zum sechsjährigen Geburtstag des „Clubs Heil Hitler" mit über 700 Besuchern stattgefunden.In dem Verein tummeln sich unter anderem Tim Bartling (1. Vositzender), Frank Rickmann (2. Vorsitzender/Lebensgefährte von Christiane Dolscheid, die im Besitz der städtischen Konzession für den „Club 88" ist) und Knut Sogorski (Kassenwart). Bei der Gründungsversammlung ferner zugegen: Der eigentlich stets bewaffnete Neonazi-Straftäter Peter Borchert sowie Thomas Reiß, der sich mit Bartling und Rieckmann schon vor geraumer Zeit einen zweifelhaften Namen in der Diskotheken-Türsteherszene der Stadt gemacht hat, jetzt aber auch im Rotlichtgewerbe sein Geld verdienen soll. Rickmann ist bereits als gewalttätiger Fußballhool in Neumünster aufgefallen, als es Angriffe gegen Anhänger des 1. FC St. Pauli gab.

Reiß, Borchert und Bartling waren in der Vergangenheit mehrfach bei Vollkontakt-Kampfveranstaltungen in Deutschland und im Ausland am Start. Dort werden auch eigentlich verbotene Kampfpraktiken wie das brutale Ultimate Fighting und das dem Straßenkampf gleichkommende Freefighting betrieben. Dabei muss Bartling jedenfalls nicht seine NS-Tätowierungen abdecken. In der Fabriketage der Wrangelstraße wurde auch bereits der für die NPD-Ordnerdienste verantwortliche Peter von der Born aus Kiel gesichtet.

Der Verein „Athletik Klub Ultra" versucht offenkundig, Jugendliche für seine Aktivitäten zu ködern. Entsprechendes Werbematerial wurde an der Gadelander Schule (übrigens gegenüber vom „Club Heil Hitler") gestreut. In der Vereinssatzung heißt es unter anderem: „Weiterhin ist der Verein bemüht, den Kampfsport in seiner ganzen Vielfalt und in verschiedensten Sparten dem Interessierten näherzubringen. Besonders gilt dies im Bereich der hybriden Kampfsportarten Pankration, Submission Fighting usw." Es ist jedenfalls nicht auszuschließen, dass unter dem biederen Vereinsdeckmantel ein „schlagender Arm" von „Combat 18" ins Leben gerufen wurde.

Übrigens - die Reaktion seitens der städtischen Behörden bzw. der örtlichen Presse: (Tot)-Schweigen - der „Club Heil Hitler" lässt grüßen!



RechtsRock-Produzenten

Zwischen politischer Botschaft und schnellem Euro: Eine Übersicht über die derzeit aktiven Labels der Szene

Der Markt des RechtsRock boomt ungebrochen seit zehn Jahren und dem entsprechend buhlt eine Vielzahl von Produzenten um die Gunst der Käufer. Doch die Ausrichtung, Qualität, Bedeutung und politische Intention der ca. dreißig aktiven deutschen Labels variieren stark. Im folgenden werden die aktiven Labels grob unterteilt, Besonderheiten hervorgehoben und die Bedeutung eingeschätzt.

Von Jan Raabe

Zu den kleinen und kleinsten Labels gehören zumeist jene, die nur die Tonträger der jeweils eigenen Band veröffentlichen, wie „Nordwind Records" aus Fürth (Inh. Ronald Haser) für die Band „Nordwind", „Blue Max Records" aus Schwarzach (Inh. Tim Wirth) für „Blue Max", „Panzerbär Records" (Berlin) um den Sänger von „Spreegeschwader" Alexander Gast sowie der „Kraftschlag Service" (Elmshorn) der norddeutschen Kultband um Jens Arpe. Auch Frank Rennicke veröffentlicht seine CDs seit Jahren im Selbstverlag. Über den Horizont der eigenen Band hinaus reicht demnächst das Label „Boundless-Records" aus Gütersloh. Es wird von Marco Laszcz, Sänger der Band „Sleipnir" betrieben und hat gerade die Veröffentlichung „Terroritorium" der gleichnamigen Band angekündigt.

Bei den meisten anderen Produzenten von RechtsRock-Platten handelt es sich um Szene-Labels, die von langjährigen Szeneaktivisten, oft ehemals Musiker in einer einschlägigen Band oder Herausgeber eines Fanzines oder gar aktiver Kameradschaftsführer betrieben werden. Eine Reihe dieser Labels können aufgrund ihrer mangelnden Professionalität sowie der geringen Veröffentlichungszahlen (>5) als Hobby bzw. als Zusatzgeschäft von Versänden betrachtet werden. Hierzu gehören der „Asgard Versand" aus Sinsheim (Michael Schill), „Barbarossa Records" aus Sangerhausen (Enrico Marx, Führungskader der „Kameradschaft Ostara" und seit 1997 Herausgeber eines gleichnamigen Fanzines), „Ragnarök Records" aus Karlsruhe (Hartwin Kalmus) und das Label GvB (Götz von Berlichingen) aus Weimar, bei dessen Inhaber, Manfred Wiemer („Mandi"), es sich um den Sänger der Band „Radikahl" handelt. Relativ neu sind im Übrigen die Labels „Rhein Ruhr Versand" aus Herne (Markus Lindenau) und „The Voice Records" aus Kornwestheim (Michel Diener). Hervorzuheben ist hier das Label „Wikinger-Versand" (Siegfried Birl), über das zwar erst fünf CDs veröffentlicht wurden, dessen Versand aber zu den wichtigsten in Deutschland gehört.

Professionell gehen es dagegen die folgenden Labels an: „Front-Records" aus dem sächsischen Torgau, dessen Betreiber um Thomas Pernsdorf vor dem Verbot von „Blood & Honour" im Umfeld der Organisation aktiv waren; „Endzeit Klänge" aus Limbach-Oberfrohna bei Chemnitz, dessen Inhaber Jens Schaarschmidt zuvor am Fanzine „Foier Frei" beteiligt war; „PC-Records" und „Backstreetnoise" aus Chemnitz von Hendrik Lasch. Im Laufe der Jahre stellte sich hier eine Arbeitsteilung ein: Die Tonträger werden über „PC-Records" veröffentlicht und den Versand über den Laden „Backstreetnoise" abgewickelt. Aus Grevesmühlen bei Hamburg kommt das Label „V7" von Ingo Knauf und aus der Region der Hansestadt kommt auch „Wotan Records", das über keine öffentliche Adresse verfügt und trotzdem in den letzten Jahren über 60 Tonträger veröffentlicht hat. Zugeschrieben wird es dem Betreiber des Hamburger „TTV-Versand" Lars Georgi. Gegen extrem rechte Organisationen grenzt sich der Inhaber des Labels „Dim Records" aus Coburg, Ulrich Großmann, ab. Unter dem Motto „National-Pride – Worldwide" verlegte er bisher über 120 Tonträger, davon viele Lizenz-Veröffentlichungen ausländischer Label. Im Fahrwasser extrem rechter Organisation bzw. Parteien bewegen sich „Pühse Records" (Riesa), das dem langjährigen Szenegänger Jens Pühse gehört und 1997 dem „Deutsche Stimme Verlag" angeschlossen wurde sowie das Label „Manfred Rouhs" (Köln) des gleichnamigen, ehemaligen Funktionärs von NPD sowie der „Republikaner" und heutigen Aktivisten von „Pro Köln".

Ohne deutlich erkennbares Interesse an extrem rechter Politik veröffentlichte seit 1977 „Rock-O-Rama" aus Köln-Brühl über 500 RechtsRock-Platten und ist damit weltweit das größte Label. Der Inhaber Herbert Egold wird aufgrund seines deutlichen Geschäftsinteresses sowie seiner schlichten Billigproduktionen aus der RechtsRock-Szene stark kritisiert. Kritik gab es lange Jahre auch an Thorsten Lemmer (Düsseldorf) und deren Firmennetzwerk. Trotz seines vermeintlichen „Ausstiegs" scheint die Struktur noch intakt und aktiv zu sein. Regelmäßig erscheinen neue CDs, die in Aufmachung und Stil den früheren Lemmer-Veröffentlichungen gleichen. Eine Labelbezeichnung oder eine andere Angabe sucht man auf den Veröffentlichungen indes vergeblich. Auch das Label „Ohrwurm Records" gehört zu jenen, deren Betreibern, hier Marcel Ingignoli, es scheinbar vor allem um einen schnellen Euro geht. Um des ungestörten Verdienstes Willen verriet er wohl auch die Band „Landser" bei der Polizei, in der Hoffnung, mit der Zuarbeit sein gut florierendes Geschäft ungestört weiter führen zu können. Als „Verräter" gilt in der Szene auch Sven Schneider, Inhaber von „Hatesounds" (Werder/Havel). Er soll dem Verfassungsschutz zugearbeitet haben. Während die in Deutschland ansässigen Labels zumeist bemüht sind mit ihren Veröffentlichungen im legalen Rahmen zu changieren, legt das Label „Celtic Moon" aus Dänemark in Deutschland verbotene CDs wieder auf oder veröffentlicht neonazistische Produktionen wie jüngst das Debüt von „Kommando Freisler" aus Hessen. Einen neuen Trend markiert „Vox Libri" von Jirka Buder (Nettetal), der jüngst als Hörbuch Auszüge aus dem Buch „Bewegtes Leben" (Universitas Verlag, 1993) des Jagd- und Kampffliegers sowie Ritterkreuz-Trägers Hajo Herrmann veröffentlichte.

Heraus sticht bei alledem die Produktionsfirma „Universal Records" (Kuhlhausen) von Lutz Willert, der früher das Label „LU-Wi-Tonträger" betrieb. Wohl annähernd 50% aller CDs werden im Auftrag anderer Labels bei der Firma produziert. Damit ist er heute der wohl größte Produzent der Szene, obwohl sein Name und seine Firma selten in der Öffentlichkeit auftauchen.

Das Vordringen von NS-Black-Metal

Eine Übersicht über die derzeitigen deutschen Labels

Innerhalb der deutschen Black-Metal-Szene hat sich in den letzten Jahren eine ausgeprägte neonazistische Subszene entwickelt. Allerdings existiert diese nicht unabhängig von der sich als „unpolitisch" definierenden Black-Metal-Szene, sondern ist mit ihr in vielfacher Hinsicht verwoben.

Von Johannes Lohmann & Karsten Müdschuh

Entsprechend dieser diffusen Gemengelage kann auch nur bedingt von reinen NS-Black-Metal- bzw. NSBM-Labels gesprochen werden. Viel häufiger sind Mischformen: Plattenlabels, die vorwiegend „normale" Black-Metal-Bands aber auch extrem rechte Gruppen verlegen. Ein Beispiel hierfür bietet die seit einigen Jahren existierende Plattenfirma „Perverted Taste" aus Reichenbach. Bislang galt das Label weitestgehend als „unpolitisch", bis 2003 plötzlich gleich mehrere Veröffentlichungen mit eindeutig neonazistischen Black-Metal-Bands folgten, wie beispielsweise eine Split-Single mit den Bands „Nordreich" und „Bilskirnir" (Stockhausen) sowie eine mit „Totenburg" (Gera) und „Ewiges Reich" (Kassel). Ähnlich verhält es sich mit den Unternehmen „Last Episode" (Schwäbisch Gmünd), die die extrem rechte Pagan-Metal-Band „Nokturnal Mortum" (Ukraine) veröffentlichten, „Millenium Metal Music" (Dinslaken), die eine LP von „Bilskirnir" herausgaben sowie „Undercover Records" (Leun), die 2002 das Debüt „Planet ZOG - The End" der französischen Band „Ad Hominem" auf den deutschen Markt brachten.



In Frankreich war die CD ein Jahr zuvor beim extrem rechten Label „Musique & Tradition" erschienen.

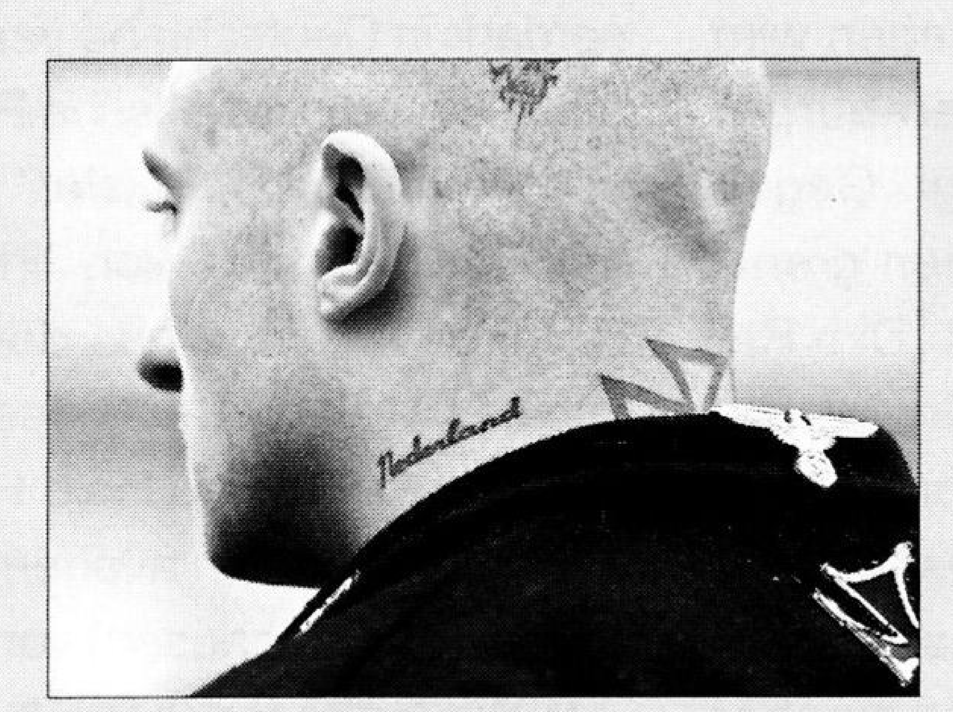
Zu den bekanntesten Grenzgängern zwischen neonazistischer und nichtrechter Black-Metal-Szene gehören die beiden Labels „No Colours" (Borna, Sachsen) und „Christhunt Productions" (Leopoldshöhe, Westfalen). Ersteres ist wohl das älteste deutsche Label, das NS-orientierte Bands verlegt. Seit Jahren veröffentlicht der Inhaber Steffen Zopf unter anderem die polnische Gruppe „Graveland", die vermutlich als bekannteste NSBM-Band bezeichnet werden kann. Ebenso half Zopf bei der Produktion zweier „Absurd"-Alben.

Gegen das Label „Christhunt", von Marco Martin, wurde Anfang Dezember 2003 Anzeige wegen der Verbreitung von Tonträgern mit verfassungsfeindlichen Kennzeichen erstattet. „Christhunt" war in den letzten Jahren eine der Bestelladresse für offen neo-nazistischen Black Metal. Über den Versand wurden auch Platten der extrem rechten Labels „Vinland Winds Records" (New York, USA) sowie „Wolfstower Records" (Oswiecim, Polen) vertrieben. Ab Ende des Jahres 2002 machte Martin sich innerhalb der rechten Szene einen Namen mit Veröffentlichungen der LP-Versionen von Tonträgern der deutschen NSBM-„Größen" „Magog" und „Totenburg". Spezialisiert auf Vinyl ist auch das Label „Blut & Eisen" (Nordhausen), das bereits auf CD veröffentlichte Alben in limitierter Auflage

RechtsRock-Konzert in besetzter Kaserne

Von Christian Dornbusch

Am Vorabend zum 65. Jahrestag der Reichspogromnacht, am 8.11.2003, fand in einer von Neonazis besetzten Kaserne, „de Kazerne", in Eindhoven ein Konzert mit den deutschen RechtsRock-Bands „Rassenhass" und „Oidoxie" (Dortmund) sowie „Kommando Freisler" (Hessen) statt. Hinweise auf das Festival unter dem Titel „Rock gegen ZOG" fanden sich im Vorfeld auf der deutschen Homepage „edelweiss88" und wurden über verschiedene neonazistische E-Mail-Verteiler versandt. Organisiert wurde es von der „Nationalistische Jongeren Brabant", einer Gruppe der „Nationale Beweging", die von Tim Mudde initiiert wurde. Besetzt wurde die ehemalige Militärkaserne bereits Ende 2001 von Neonazis, die der „Nationale Beweging" zugerechnet werden. Diese ging aber mit der Veränderung der Besetzerstrukturen zunehmend auf Distanz. Tim Mudde ist im übrigen Sänger der niederländischen RechtsRock-Band „Brigade M" und trat mit seiner Band in der Kaserne das erste Mal live auf und produzierte dort auch einen Videoclip zu ihrem Song „Eigen Volk Eerst". Nachdem antifaschistische Gruppen das Konzert vom 8.11. publik gemacht hatten, wuchs der öffentliche Druck. Das Konzert konnte noch stattfinden, doch am 17.11.2003 verließen die letzten Besetzer das Gebäude. Als für den 22.11.2003 wiederum ein Konzert angekündigt war, dieses Mal mit den Bands „Vinland Warriors" (Canada), „P.W.A." (Estland) und „Frontalkraft" (Cottbus), fuhren einige deutsche Fans erneut eilfertig zur Kaserne nach Eindhoven. Doch dieses Mal standen sie vor verschlossenen Toren. Das Konzert fand in Belgien, bzw. Flandern, statt. Eine Region, in der in letzter Zeit immer häufiger Konzerte stattfinden und die aufgrund ihre Nachbarschaft zu Deutschland immer zu einem regen Tourismus führt. Für den 13.12.2003 war bereits wieder ein Konzert mit „Whitelaw" (England), „Nordfront" (Hannover), „Kommando Skin" (Schwäbisch Gmünd) und „Panzerjäger" angekündigt. Der Organisator ist eine in Deutschland verbotene Gruppierung: Blood & Honour Vlaanderen.



als LP herausgibt. Während einige der Bands, wie „Shining" (Schweden) oder „Forgotten Tomb" (Italien), als „unpolitisch" bzw. nicht extrem rechts bezeichnet werden können, verlegte das Label aber auch Vinyl-Fassungen von „Horna" (Finnland) und der NSBM-Band „Hate Forest" (Ukraine). Ebenso verfährt das Label „Sombre Records" (Mildenau), das Debüts neuer Bands oder seltene Aufnahmen bzw. noch nicht veröffentlichtes Material als LPs oder Singles herausgibt. Neben klassischen Underground-Bands gehört zum Repertoire von „Sombre Records" auch die französische NSBM-Band „Kristallnacht".

Ausschließlich neonazistischem Black Metal widmen sich vor allem die beiden Label „Donnerschlag Records", ehemals „Pesten Productions" (Gera) sowie „Nebelfee Klangwerke" (Eckartsberga). Im Rahmen der Hausdurchsuchungen wegen des Verdachts auf Unterstützung einer verbotenen Organisation („Blood & Honour") wurden die Räumlichkeiten der Labelinhaber durchsucht. Bei „Donnerschlag" handelt es sich um Denis Schoner, der bei der Band „Totenburg" unter dem Pseudonym „Herr Rabensang" als Schlagzeuger und Sänger fungiert, im letzteren Fall ist von Ronald „Wolf" Möbus, dem Bruder von Hendrik Möbus und seiner Lebensgefährtin Heike Langguth die Rede. Die beiden führen darüber hinaus den Mittelalter-Versand „Drachenwurzel". Aus Gera stammt auch das Label „EE-Records" bzw. „Ewiges Eis Records" von Jens Fröhlich, Sänger bei der RechtsRock-Band „Eugenik", auf dem bisher zwei CDs der Band „Die Saat" veröffentlicht wurden.

Daneben existieren eine Reihe kleiner Labels wie „Blutvergießen Rec." (Essen), „Torment Records" (Mudersbach), „Obscure Abhorrence Productions", „W. T. C." (Tangerhütte) und „Fog of the Apocalypse" (Herold/ Erzgebirge) sowie das Label des „Niedersachsenklan" (Hildesheim), „Der Sieg Records" (Gera), die ebenso wie „Flammentod Produktionen" Tonträger der NSBM-Band „Aryan Blood" verlegten. Alle Produkte dieser Labels weisen deutlich extrem rechte und nazistische Einschläge auf. Das gilt gleichermaßen für die Label „Ostfront Produktion" (Karlshagen), „Irminsul Vertrieb & Produktion" (Exdorf) und „Westwall44" (Stuttgart) auf denen vorwiegend Demo-Kassetten veröffentlicht werden.

Spezialisiert auf heidnischen Black Metal hat sich Vatryas Vakyas, Initiator der Band „Falkenbach", und Inhaber des Labels „Skaldic Art Productions" (Düsseldorf) auf dem auch eine LP der Band „Menhir" (Breitungen) erschien. In einem ähnlichen Bereich agiert das neue Label „Det Germanske Folk" (Dresden), wobei hinsichtlich der Internetpräsenz sowie der ersten Veröffentlichung, einer Single der Band „Orlog" (Rodewisch), der völkische Kontext offensichtlich wird, der die meisten derartigen Bands zwischen Heidentum und extrem rechtem Denken changieren lässt.

Hau Ruck

Rechter Darkwave aus Österreich und Italien

Mit „Hau Ruck!" hat sich in Wien ein Label etabliert, dessen musikalisches Spektrum von Neo-Folk bis elektronischer Musik reicht und neben politisch unbedenklichen Bands auch rechte Gruppen und faschistische Folklore umfasst. Eine kürzlich gegründete Dependance in Rom und das Überschreiten der musikalischen Grenzen zum RechtsRock zeigen, dass das Konzept Erfolg verspricht.

Von Christian Dornbusch & Liane M. Dubowy

„Anch'io combatto, anch'io con la mia guerra con fede, con onore e disciplina...." tönt es aus dem Lautsprecher. In dem Schlager von Filippini-Manlio, der 1939 Erfolge in der italienischen Hitparade feierte, singt Jone Caciagli neben schwülstiger Kriegsverherrlichung vom eigenen Kampf „mit Glaube, Ehre und Disziplin". Wiederveröffentlicht wurde diese historische Aufnahme nicht etwa auf einem Label der „Alleanza Nazionale" (AN), sondern auf dem österreichischen Label „Hau Ruck"(HR) von Albin Julius. Bekannt geworden ist der Wiener mit der Band „Der Blutharsch". Während er für seine eigenen Platten das Label „Wir Kapitulieren Nie" (WKN) gründete, ist HR gedacht für Veröffentlichungen anderer Künstler oder eben alter faschistischer Hymnen. Dass „Der Blutharsch" indes kein Nischenphänomen ist, zeigt die Aufführung des Videos „In the hands of the master" in einer Metal-Sendung auf MTV im November 2003.

Verlegt werden über HR Neo-Folk-Bands wie „Decadence" (Griechenland), Industrial-Gruppen wie „Reutoff" (Russland) als auch avantgardistische elektronische Musik wie die des Berliners C. O. Caspar. Gerade letzterer zeigt, dass das Label nicht nur auf ästhetisch völkische oder militaristische Projekte ausgerichtet ist. Dennoch: Die Veröffentlichung einer Split-Single (2003) von „Der Blutharsch" und der italienischen Band „Zetazeroalfa" auf WKN irritierte die politisch eher rechten Fans des Labelprogramms. Im Forum des Internet-Magazins „rund um Neofolk, Industrial und düstere Avantgarde" „lichttaufe.com" schreibt ein Neo-Folker auf die italienische Band bezogen, das seien die „italienischen Böhsen Onkelz" und ein anderer, dass es sich bei ihnen um die „Speerspitze der alternativen nonkonformen Musikszene" handle. Daraufhin weist ein anderer Diskutant auf die italienischen CD-Compilation „Vox Europa" hin, die „ja wohl die göttlichste Mischung von „Identitätsmusik" überhaupt (sei). Ein Genuss für den aufgeschlossenen Europäer". Hinter dem von der französischen extremen Rechten geprägten Begriff des „Identitätsrock" steht vor allem die Überlegung mittels Musik nationale Identität zu prägen; Chauvinismus und Ethnopluralismus inbegriffen. Der „Rock identitario" hat auch in Italien viele Anhänger gefunden. Mit „Musicazione" wurde dazu sogar ein eigenes Internetradio von einem Kreis um die Band „Aurora" aus der Taufe gehoben und auch die Band

„Zetazeroalfa" wird zu dieser Szene gezählt. Das Genre „Identitätsrock" versucht allerdings nicht mittels ausgeklügelter Strategie und viel Kreide den Mainstream zu entern. Im Gegenteil, ein offener Kontakt zur RechtsRock-Szene wird keineswegs gescheut: „Zetazeroalfa" spielten etwa im April diesen Jahres in Catania mit der RechtsRock-Band „Block 11", deren Namen sich auf einen Häftlingsblock im Stammlager Auschwitz bezieht als auch im Juni in Bologna mit den schon vom Namen her eindeutigen Bands "Civico 88" und „Provos 18".

Bei soviel strömungsübergreifender Zusammenarbeit ist es nur logisch, dass auch die internationalen Netze ausgebaut werden: „Hau Ruck! WKN" besitzt seit etwa Mitte des Jahres 2003 eine Dependance in Rom: „Hau Ruck! SPQR". Das Sublabel soll sowohl als Label als auch Vertrieb fungieren. Nur für den italienischen Markt wurde übrigens auch eine längst ausverkaufte Spezial-Version der oben genannten Split-Single als Picture-Disc in einer limitierten Auflage von 100 Stück herausgebracht. Verpackt mit Bändern in den italienischen und österreichischen Nationalfarben. Auch die Verbindungen zwischen „Der Blutharsch" und „Zetazeroalfa" sind nicht erst jüngeren Datums. Bereits am 3.08.2002 sollen die beiden Gruppen im Rahmen einer Sommeruniversität in Rieti/Italien ein gemeinsames Konzert gegeben haben.

Die Veröffentlichung auf HR basiert wohl eben so wenig auf einem Versehen. Derlei Überschneidungen resultieren vielmehr aus der italienischen Dark-Wave-Szene. Dominik Tischleder, neuer Herausgeber des „Zinnober"-Magazins, berichtet im oben genannten Lichttaufe-Forum, dass „Zetazeroalfa" „eine Lieblingsband von ClauDEDI", Kopf der italienischen Vorzeige-Darkwave-Band „Ain Soph" sei. Dem entsprechend ist auf der beim Sublabel „HR! SPQR" in Rom veröffentlichten Tribut-Doppel-CD „Tutti a casa!" („Alle nach Hause!") auch „Zetazeroalfa" vertreten. Diese ist nicht die einzige RechtsRock-Band im Programm: Ebenfalls aus Italien stammt die Band „SPQR", mit der „Zetazeroalfa" unter der Labelkennung „HR!50" 2003 eine Split-Single veröffentlichte. „Londinium SPQR" firmierte bis 1993 unter dem Namen „SPQR". Das Namenskürzel steht für „Senatus Populusque Romanus", was „Senat und Volk von Rom" bedeutet und bezeichnend für die Bezugnahme der italienischen Faschisten auf das römische Reich ist. Das Trio aus Rom ist fest verankert in der italienischen RechtsRock-Szene und veröffentlichte bereits auf den beiden italienischen RechtsRock-Labeln „Tuono Records" (Vicenza) und „Rupe Tarpea Records" (RTP, Rom).

Über die Vermittlung von Protagonisten wie Albin Julius oder die rechten bis extrem rechten Auswüchse der italienischen Darkwave-Szene hält klassischer RechtsRock im Gewand von „Identitätsrock" nun auch Einzug in die „Schwarze Szene".

Nazi-Band ist kriminelle Vereinigung

Am 22. Dezember 2003 hat das Berliner Kammergericht drei Musiker der Skinhead-Band „Landser" (siehe auch DRR Nr. 84), die sich selbst als „Terroristen mit E-Gitarre" bezeichneten, wegen Bildung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung verurteilt. In ihren Liedern hatte die in Neonazi-Kreisen als Kultband gehandelte Gruppe zu Hass und Gewalt gegen in Deutschland lebende AusländerInnen, Jüdinnen und Juden und anders Denkende aufgerufen. Die Anfang der 90er Jahre gegründete Band hatte nach Einschätzung der Richter mit großem Aufwand eine konspirative Organisationsstruktur aufgebaut. Ihre CDs und eine Kassette mit Titeln wie „Deutsche Wut", „Republik der Strolche" und „Ran an den Feind" seien in Schweden, den USA und Großbritannien produziert worden und nach Expertenschätzungen mit rund 100.000 Tonträgern in Deutschland im Umlauf. Live-Konzerte veranstaltete „Landser" seit 1993 nicht mehr. Für die Aktivitäten bis 1996 sprach das Gericht die Angeklagten aufgrund der bis dahin wechselnden Bandbesetzung von den Vorwürfen der Anklage frei. Ab 1997 allerdings habe die Gruppe „an einem Strang gezogen" und sei „willens und fähig gewesen, den Kampf gegen die ihnen verhasste Gesellschaft aufzunehmen".

Der 38-jährige Leadsänger und Kopf der Gruppe Michael Regener muss für drei Jahre und vier Monate ins Gefängnis. Bewährungsstrafen erhielten die Band-Mitglieder André Mörike (21 Monate) und Christian Wendorff (22 Monate), weil sie sich nach Ansicht des Gerichts aus der Nazi-Szene gelöst hätten. Mörike und Wendorff müssen zusätzlich 90 Stunden gemeinnützige Arbeit in jüdischen und migrantischen Vereinen leisten. Angeordnet wurde außerdem die Beschlagnahme von jeweils rund 5.000 Euro bei allen drei Angeklagten. Während die Neofaschisten aus dem Kameradschaftsspektrum mit einer „Freiheit für Landser Initative" die „sofortige Freilassung für die Berliner Kapelle" fordern, kündigte die „Landser"- Verteidigung an, gegen das Urteil Rechtsmittel einzulegen.

„Blood & Honour" Unterstützung

Ein dreiviertel Jahr nachdem die CD-Compilation „Blood & Honour Deutschland. Trotz Verbot nicht tot" erschienen war (DRR Nr. 82), durchsuchte die Polizei am 25.11.2003 die Wohnungen von 21 Verdächtigen im Alter zwischen 20 und 30 Jahren. Schwerpunkt waren Erfurt, Gera und Gotha, sowie einzelne Objekte im angrenzenden Niedersachsen und Sachsen-Anhalt. Der Anlass ist ein Ermittlungsverfahren wegen der vermuteten „Unterstützung des organisatorischen Zusammenhalts einer verbotenen Vereinigung", gemeint ist „Blood & Honour". Durchsucht wurden vor allem Wohnungen von Mitgliedern jener Bands, die auf der CD vertreten sind (u. a. „Eugenik", „Absurd"). Besuch bekam auch Ronald Möbus in Eckartsberga. Die „Thüringer Landeszeitung" deutet in ihrer Ausgabe vom 27.11.2003 bereits an, dass seine Bewährungsstrafe nun wohl auf dem Spiel stehe. Zu der war er am 15.05.2003 aufgrund einer günstigen Sozialprognose verurteilt worden.

„Pro-Bürger-Partei"

Die rechte „Pro-Bürger-Partei" (PBP) sorgte Ende November für Aufsehen im rheinland-pfälzischen Sahrtal. Die Abspaltung der Schill-„Partei Rechtsstaatliche Offensive" hatte für ein lokales Flugblatt das Landeswappen von Rheinland-Pfalz verwendet. Erklärtes Ziel der Kleinorganisation in Rheinland-Pfalz ist die Teilnahme an der Kommunalwahl im Juni des kommenden Jahres. Die PBP wurde am 28. Februar diesen Jahres in Düsseldorf gegründet. Ihr gehören derzeit rund 100 Mitglieder an, die bislang in Düsseldorf, Berlin und Hamburg aktiv sind. Der Bundesvorsitzende Frederick Schulze, ein ehemaliger CDU-Bundestagsabgeordneter aus Sachsen-Anhalt, kündigte außerdem Aktivitäten für Mainz und Stuttgart an.

DP gründet Landesverbände in Sachsen und Sachsen-Anhalt

Am 29. November wurden in Sachsen und Sachsen-Anhalt Landesverbande der „Deutschen Partei" (DP) gegründet. Zum ersten Landesvorsitzenden in Sachsen wurde Erhard Stimpel, ein ehemaliger Kandidat der „Republikaner", aus Chemnitz gewählt. Sein Stellvertreter wurde Günter Stange aus Dresden. Die DP ist im „Nationalen Bündnis Dresden" (NBD) vertreten. Als oberstes Ziel wurde die Zusammenarbeit mit den anderen national-patriotischen Gruppierungen in Sachsen genannt. In Sachsen-Anhalt wurde Frau Marita Schäfer zur neuen Landesvorsitzenden gewählt.



Christoph Blocher, Milliardär und Bundesrat

Mit 27 Prozent Wähleranteil der dominierende Politiker der Schweiz

Christoph Blochers „Schweizerische Volkspartei" (SVP) ist mit einem guten Viertel Wähleranteil endgültig der zentrale Pushfaktor in der Schweizer Politik. Die übrigen bürgerlichen Parteien hängen am Rockschoß der SVP, die Sozialdemokratie ist (noch) geduldeter Juniorpartner.

Von Jürg Frischknecht

Der angedrohte „Marsch auf Bern" fand nicht statt. Für den Fall, dass Christoph Blocher nicht in die schweizerische Regierung gewählt werde, hatten Anhänger des Rechtspopulisten in Inseraten vorsorglich zu einem solchen Marsch aufgerufen. Er wurde nicht nötig. Das schweizerische Parlament wählte den 63-jährigen Unternehmer und Milliardär am 10. Dezember in den Bundesrat, also in die Regierung, die seit 1848 aus sieben Mitgliedern besteht.

In den Parlamentswahlen vom Oktober war die SVP mit 26,7 Wählerprozenten und 63 von 246 Sitzen klar stärkste Partei geworden, gefolgt von den Sozialdemokraten (61 Sitze). Noch am Wahlabend hatte die SVP per Ultimatum den Tarif erklärt: Blocher wird zweiter SVP-Bundesrat, oder wir ziehen uns mit unserem einzigen Bundesrat (einem gemäßigten Berner) in die Fundamentalopposition zurück.

Mit einer Oppositionspolitik war die SVP Schritt um Schritt gewachsen. Ihre Forderungen: weniger Steuern und weniger Staat (sprich: Sozialabbau), eine härtere Asylpolitik, keine Annäherung an die EU. Dazu wurde der politische Gegner, auch jener in den eigenen Reihen, konsequent diffamiert und verhöhnt. Den Sozialdemokraten unterstellte Blocher Ähnlichkeiten mit Faschismus und Nationalsozialismus sowie „völkische Aussagen", den Schriftsteller Adolf Muschg verglich er mit einem schweizerischen Nazi-Dichter. Seit Jahren zieht der Populist bei jeder Gelegenheit gegen die Classe politique vom Leder, als ob er der politischen Klasse nicht selbst angehörte.

Statt Zauberformel rechte Viererbande

Mit der Wahl Blochers in den Bundesrat wurde die „Zauberformel" von 1959 gesprengt. 44 Jahre saßen je zwei Freisinnige (FDP), Christdemokraten (CVP) und Sozialdemokraten sowie ein SVP-Mann im Bundesrat. Diese Allparteienkoalition spiegelt das System der direkten Demokratie. 50.000 Stimmberechtigte können ein vom Parlament beschlossenes Gesetz vor eine Volksabstimmung bringen. Deshalb werden „referendumsfähige" Parteien in die Regierung eingebunden. Konkordanz, heisst das in der Schweiz.

Zur Konkordanz gehörte allerdings auch, dass es im Bundesrat je nach Sachfrage wechselnde Mehrheiten geben konnte, dass beispielsweise in sozialen Fragen CVP und SP zusammenspannten. Mit dieser „variablen Geometrie" ist es vorbei. Die vier rechtsbürgerlichen Bundesräte (je 2 ältere Herren von SVP und FDP) werden in den allermeisten Sachfragen die Mehrheit haben. „Rechtsregierung mit zwei linken Hausgästen", titelte der Zürcher „Tages-Anzeiger". Und die linke WOZ warnte vor einer Politik „gestrickt mit vier rechts, zwei links und einer Fallmasche". Die Fallmasche: der verbleibende Vertreter der wankelmütigen, im wesentlichen bürgerlichen CVP, die sich jedoch gerne als Mitte verkauft.

Noch am Wahltag demonstrierten junge Leute und Frauen (die nur noch mit der sozialdemokratischen Außenministerin im Bundesrat vertreten sind) und Gewerkschaften auf der Strasse gegen die neue „rechte Viererbande" im Bundesrat. Der Bandenführer wird Blocher sein, während sich die traditionelle Wirtschaftspartei FDP (die als Gründerin der Schweiz 1848 alle sieben Bundesräte gestellt hatte) nach massiven Wählerverlusten zunehmend von der SVP vorführen lässt. Und zudem von „SVP-U-Booten" auf rechtsaußen getrimmt wird, etwa vom CEO des „Weltwoche"-Verlags, dem neu gewählte Nationalrat Filippo Leutenegger.

Die kämpferischen Gewerkschaften könnten sich, noch mehr als die breit gefächerte Sozialdemokratie, zum stärksten Pol gegen die neue Rechtsregierung herausbilden. Sie drohen auch mit politischen Streiks. Noch mehr als bisher werden Gewerkschaften und rotgrünes Lager gegen missliebige neue Gesetze Referenden ergreifen. Damit lässt sich allerdings nichts Neues bewegen, sondern nur Unerwünschtes ausbremsen.

Klotz, Kampagnen, Kader

Die SVP entstand am Ende des Ersten Weltkrieges als bäuerlich-gewerbliche Abspaltung von der Kapitalpartei FDP. Jahrzehntelang war sie vor allem im Kanton Bern stark. Bis Blocher vor einem Vierteljahrhundert Präsident der Zürcher SVP wurde und diese zur stärksten Kraft im volksreichsten Kanton der Schweiz machte und den skandalgebeutelten Wirtschaftsfreisinn (Swissair-Pleite) auf Platz 2 verwies. Blocher pumpte Millionen in den Aufbau seiner Partei. Klotz (schweizerisch für Zaster), Kampagnen, Kader – so formte Blocher eine stramm funktionierende Partei, die jedes dafür geeignete gesellschaftliche Problem zur Maximierung des Wähleranteils instrumentalisiert – so wie der Selfmade-Unternehmer Blocher erfolgreich die Profite maximierte.

Der Pfarrerssohn Blocher wurde, nach einem symbolischen Abstecher in die Landwirtschaft, Jurist. Mit geschickten Winkelzügen erlangte er die Kontrolle über die Ems-Chemie bei Chur, das größte Unternehmen im Kanton Graubünden. Seinen Wohnsitz hatte Blocher jedoch stets an der „Goldküste", dem von Millionären bevorzugten rechten Zürichseeufer. Als Industrieller und als Börsenspekulant scheffelte er über eine Milliarde Franken, in enger Kumpanei mit seinem Freund, dem inzwischen gescheiterten Bankier Martin Ebner.

Nach außen gab sich Blocher stets bodenständig-hemdsärmlig-volkstümlich, sponserte mal da ein Schwingerfest, mal dort ein Heimattheater, sammelte Gemälde von Albert Anker, der die vorindustrielle bäuerliche Welt malte, und rief bei jeder Gelegenheit den lieben Gott an, der ihn stets an den richtigen Platz stelle. Als Industrieller machte Blocher auf der halben Welt Geschäfte, ohne Skrupel auch in China. Als Geschäftsmann habe man es halt auch mit sündigen Menschen zu tun, wischte er kritische Fragen salopp vom Tisch. Politisch suhlte sich Blocher im helvetischen Bauchnabel und mied Kontakte zu anderen rechtsextremen Leadern wie Le Pen, Haider, Bossi oder Fini. Am ehesten fühle er sich

Berlusconi verwandt, bekannte er. Bush-Berlusconi-Blocher – mit ihrer schamlosen Begünstigung der Reichen und der systematischen Schwächung des Staats haben die drei Herren tatsächlich Gemeinsamkeiten.

Blocher war all die Jahre „bloß“ Präsident der Zürcher SVP, nicht aber der schweizerischen. Doch de facto war er auch deren Leader. Von Zürich aus wurde der schweizweite Vormarsch der Partei in den bisher SVP-freien Kantonen orchestriert: zuerst in der konservativen Ostschweiz (St. Gallen), dann in der katholisch geprägten Innerschweiz (zulasten der lavierenden CVP) und schließlich in der französischsprachigen Westschweiz (unter anderem Genf).

Nach rechts offen

Die SVP wuchs jedoch nicht nur in die Fläche, sondern auch durch Absorption der früheren Rechtsaußenparteien. Wenn die SVP richtig politisiere, so gebe es rechts von ihr keinen Platz für eine andere Partei, hatte Blocher seinen Monopolanspruch schon früh formuliert. Und so kam es: Seit 1999 ist die „Freiheitspartei“ (früher „Autopartei“) im schweizerischen Parlament nicht mehr vertreten, und die „Schweizer Demokraten“ (die frühere „Überfremdungspartei Nationale Aktion“) hält noch einen einzigen bedeutungslosen Sitz. Geerbt hat stets Blocher.

Die SVP, die sich mit einer fremdenfeindlichen, oft diskriminierenden Asylpolitik gegen ein Einwanderungsland Schweiz stellt, ist selbst eine Einwanderungspartei. Schon in den 1970er Jahren traten Anhänger des Überfremdungspolitikers James Schwarzenbach zur SVP über, darunter dessen Sekretär Ulrich Schlüer, heute Nationalrat und Verleger der Rechtsaußenpostille „Schweizerzeit“. Später schlossen sich Exponenten der Freiheitspartei und der Schweizer Demokraten der SVP an, die mit diesem Schritt oft ihre politischen Mandate retten konnten – beziehungsweise als Mitgift in die SVP einbrachten. Auch rechte FDP-Politiker wechselten zur Blocher-Partei.

Heimat wurde die SVP immer wieder auch für Rechtsextremisten, obschon sich Blocher stets vom Rechtsextremismus distanziert. Um im zweiten viel Verständnis für junge Glatzen oder für den Holocaustleugner Jürgen Graf („wie recht er doch hat“) nachzuschieben. Im Kanton Tessin setzte die SVP auf den jungen Banker Roger Etter, auch nachdem bekannt geworden war, dass der Waffen-SS-Fan jeweils zu den Ulrichbergtreffen pilgerte. Untragbar wurde Etter erst, als er versuchte, einen finanziell gut gebetteten Freund zu erschießen (so der Vorwurf in der noch laufenden Untersuchung).

Dass Blocher bei der Suche nach weiteren WählerInnen kaum Grenzen kennt, offenbarte er bei der Debatte um die Rolle der Schweiz während des Zweiten Weltkriegs. In Reden wetterte er gegen die „jüdische Erpressung“ und bediente antisemitische Vorurteile. Das trug ihm in erster Instanz eine Verurteilung wegen Rassendiskriminierung ein, doch wurde er später freigesprochen.

Kurzum: Blocher arrondierte seinen Einfluss um fast jeden Preis. Dazu gehörte und gehört auch seine überparteiliche Kampftruppe Auns („Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz“), in der Präsident Blocher jahrelang auch den Altfaschisten Gaston-Armand Amaudruz aus Lausanne duldete.

Eine Analyse der Wählerschaft zeigt, dass Blochers SVP inzwischen eine Volkspartei ist, also Leute aus allen Schichten anspricht. In der einst FDP-verbandelten Wirtschaft ist der frühere Außenseiter längst Liebkind. Wurde Blocher vor Jahren noch von der Grossbank UBS aus dem Verwaltungsrat gekippt, ist er heute der Hoffnungsträger der Wirtschaft. Die hofft, mit der neuen rechten Mehrheit im Bundesrat ihr Programm (weniger Steuern und weniger staatliche Auflagen) endlich durchziehen zu können.

Perspektive Koalition statt Konkordanz?

Damit kein Missverständnis entsteht: Die moderne Schweiz war während ihrer 156-jährigen Geschichte stets ein bürgerliches Land, auch vor 2003. Die Linke (im wesentlichen die Sozialdemokratie) spielte stets eine Minderheitenrolle, seit 1959 aber immerhin mit zwei von sieben Bundesräten. Hingegen regieren die Rotgrünen einige Städte, beispielsweise Zürich und Bern.

Paradox an der aktuellen Situation ist, dass die SP und die Grünen in den Parlamentswahlen vom Oktober je vier Sitze zulegen konnten. Die rechtsbürgerliche Parteienfamilie konnte hingegen als „Familie“ nicht zulegen. Aber es kam „familienintern“ zu einer folgenreichen Verschiebung: von der FDP zur SVP, die jetzt offensiv bis ultimativ den Takt vorgibt.

Jene Politiker und Zeitungskommentatoren (darunter liberale Blätter), welche die Einbindung von Blocher in den Bundesrat befürworteten, weil sich das machtgierige Polittier nur so domestizieren lasse, werden sich möglicherweise bald die Augen reiben. Alles spricht dafür, dass die SVP ihre fundamentale Opposition ungebremst fortsetzen wird. Das jedenfalls ist die Erfahrung im Kanton Zürich, wo die SVP längst in die Kantonsregierung „eingebunden“ ist.

Wahrscheinlicher ist, dass die SVP weiterhin informell von ihrem Leader Blocher – nun aus dem Bundesrat heraus – geführt wird. Dass sie weiterhin mit viel Geld den kleinen Mann und die Modernisierungsopfer dafür zu gewinnen sucht, entgegen den eigenen Interessen zu stimmen: für die Reichen und die Unternehmen. Wahrscheinlich ist auch, dass die ungestüme SVP weiter auf Kosten der geschwächten Traditionsparteien CVP und FDP wachsen will und als mittelfristiges Ziel eine bürgerlichen Regierungskoalition anstrebt. Blochers jetzige Bekenntnis zu einer (nach rechts gerutschten) Konkordanz wäre dann bloß ein taktisches Zwischenspiel gewesen.

Hinterzimmertreffen in Madrid

Von Andrea Röpke

Jedes Jahr im November strömen sie wieder ins „Valle de los Caidos“ (Tal der Gefallenen), 30 Kilometer südlich von Madrid, zur monumentalen Gedenkstätte für den spanischen Diktator Franco (1892-1975). Tausende von europäischen Anhängern gedachten auch in diesem Jahr dem Todestag General Francos und des Führers der spanischen Falange José Antonio Primo de Riveras mit zum faschistischen Gruß gereckten Arm. Die 1959 von Zwangsarbeitern fertiggestellte rechte Kultstätte gilt auch unter deutschen Neonazis als gernbesuchter Wallfahrtsort. In diesem Jahr nahm allerdings nur etwa ein Dutzend deutscher Neonazis an den Feierlichkeiten mit der hochbetagten Franco-Tochter Carmen teil, unter ihnen der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt und der in Marbella lebende Altnazi Rolf Hanno. An der rechtsex-tremen Kundgebung in der Madrider Innenstadt beteiligten sich etwa 1.500 Anhänger. Am Abend des 22.11.2003, tagte hinter verschlossenen Vorhängen im „Salon Europa“ des Hotels „Cha Martine“ eine illustre braune Truppe europäischer Neonazis, auf Einladung der „Falange Espanol“ (FE) unter dem Motto „für das Europa der Vaterländer“. NPD-Chef Udo Voigt wurde herzlich begrüsst. Neben ihm nahmen rechte Abordnungen aus Italien („Fuerza Nuova“), Portugal, Polen (NOP), Slowenien, Rumänien, Frankreich (u.a. „Jeune Nation“), Dänemark („Dansk Folke Parti“) und Belgien teil.

„Brav" und „tapfer"

Von Janine Clausen & Andreas Speit

Ein Kamm, eine Tube Zahnpasta, eine Verleihungsurkunde zum E.K. II und ein Notizbuch. 1943 erhielt die Familie Timm diese „Eigentumssachen ihres Sohnes, des gefallenen SS-Sturmmannes Karl-Heinz Timm" per Reichspaket. 2003 erzählt Uwe Timm in „Am Beispiel meines Bruders" mittels der „Frontnotizen" eine deutsche Familiengeschichte über die schuldhaften Verstrickungen und das verdrängende Verschweigen. In den Feuilletons von FAZ bis Taz loben die Rezensenten die „wunderbar" geschriebene „Gebrochenheit unserer Familienbiographie". Unerwähnt bleibt die Dissonanz zu anderen Literaten. Denn während Günther Grass und andere dem neuen deutschen Opferdiskurs folgend, dass deutsche Leid schildern, schreibt Timm wider den Zeitgeist über die deutsche Schuld. Unerbittlich und doch empfindsam versucht Timm sich dem abwesenden und zugleich anwesenden älteren Bruder zu nähern, der sich als Achtzehnjähriger freiwillig im Dezember 1942 zur Waffen-SS meldete und im Oktober 1943 als Panzerpionier in der SS-Totenkopfdivison in der Ukraine „fiel". Viele solcher Wörter hat Timm in Anführungszeichen gesetzt. Ausgehend von den kargen Notizen seines Bruders von der Front, zu denen er immer wieder zurückkehrt, entsteht ein Porträt der eigenen Familie und eine Studie über die Haltungen, die den Nationalsozialismus möglich machten. Der Bruder war lieb und brav. Aus dem „brav" macht später der Vater, selbst nach dem Ersten Weltkrieg bei den Freikorps im Baltikum „dabei", „tapfer", so dass der Bruder zum stillen Familienheld wird. In den Notizen kommen keine Juden oder Gefangenen vor, ebensowenig finden sich offene NS-Ereiferungen. Allerdings offenbaren wenige Sätze das verinnerlichte Denken: „Brückenkopf über den Donez. 75 m raucht Iwan Zigaretten, ein Fressen für mein MG". Timm analysiert solche Sätze, arrangiert sie mit Erinnerungsfetzen. Das „schwer verständliche" versucht er vorsichtig zu erfassen, wenn er Aussagen seines Bruder zu dem „zerbombten Hamburg" – „Das ist doch kein Krieg, das ist Mord an Frauen und Kindern – und das ist nicht human", kommentiert: „Die Tötung von Zivilisten (in Russland) hier normaler Alltag, nicht einmal erwähnenswert, dort hingegen Mord". Der Hass Timms gegen den „angepassten Mörder" – den deutschen autoritären Charakter – ist spürbar und doch hinterfragt er nüchtern und empfindsam. Dieser antisensationelle Stil lässt keinen moralistischen Tenor aufkommen. Mit dem Prosastück entwirft er ein Genrebild der fünfziger Jahre, vom Beschönigen des Vaters, dem Anpassen der Mutter bis zum langsamen Aufbegehren des jüngeren Sohns – Jeans und Fragen. Noch heute sind nicht allen Antworten gegeben. Wie auch. Aber die nachdenkliche Prosa beantwortet mehr als manche selbstbewusste Kampfschrift, wie das Verschweigen redselig betrieben wurde, warum es zur 68-Bewegung gegen die Nazi-Eltern kam und wie der autoritäre Charakter weiterleben kann.

Uwe Timm: Am Beispiel meines Bruders. Kiepenheuer & Witsch, Köln 2003. 158 Seite, 16,90 Euro.

Interessante Ergebnisse, aber...

Von Christian Dornbusch

„Skinheads, Neonazis, Mitläufer" basiert auf verschiedenen Täterstudien, resultierend aus der Auswertung drei sich ergänzender Studien: der Auswertung von 217 Gerichtsurteilen zu 352 Angeklagten 1997/98, einer Intensivstudie mit vorwiegend rassistischen Tätern aus 1999/2000 sowie eine Erhebung und Auswertung von 6.229 Polizeiakten zu „fremdenfeindlichen" Tatverdächtigen aus 1997. Die Untersuchungen fanden teils im Auftrag, teils auf Anregung des „Bundesministerium des Innern" statt. Die Ergebnisse, die das Forscherteam um Klaus Wahl vom „Deutschen Jugendinstitut e.V. München" zusammengetragen hat, sind erstaunlich. Immerhin handelt es sich hier um die bisher umfangreichste Studie auf diesem Gebiet. Erkenntnisleitend ist die These, dass Gefühle „grundlegend auf die Motivation sozialen Verhaltens, auch auf fremdenfeindliche Aggression" wirken. Leider wird diese Grundannahme vor allem zurückgeführt auf die Verhaltensbiologie und auf neue Erkenntnisse der Genetik, merklich am genefizierten Denken in grundlegenden Teilen der Studie. Einziger Trost ist dabei, dass die Ergebnisse nicht gänzlich deterministisch sind, sondern eine Mischbedingung von erbbiologischer Prägung und Sozialisation angenommen wird. Daher verweisen die Forscher im Fazit der Studie eine besondere Bedeutung der Prävention zu, über die dann die Folgen des „biologischen Erbes" abgefedert werden können.

Klaus Wahl (Hg.): Skinheads, Neonazis, Mitläufer. Täterstudien und Prävention. Leske + Budrich, Opladen 2003. 24,90 Euro.

Impressum:
Verlag Der Rechte Rand GbR, Rolandstr.16,
30161 Hannover
Postanschrift: Der Rechte Rand, Postfach 1324,
30013 Hannover
Fax: 0511 / 33 60 221
redaktion@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de
Druck: Werkdruck Hannover
Erscheinungsweise: 6x im Jahr
V.i.S.d.P.: Klaus Harbart
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

DER RECHTE RAND ist ein periodischer Informationsdienst von und für AntifaschistInnen. Er erscheint alle zwei Monate und kommt im Abo nach Hause.
Einzelpreis:
6 Ausgaben im Abonnement: 14,- Euro (Inland) 17,- Euro (Ausland)
DER RECHTE RAND, Postfach 1324, 30013 Hannover
Postgiro Hannover, BLZ 250 100 30, Kto-Nr.: 44 55 86 - 301

Hiermit abonniere ich die Zeitschrift DER RECHTE RAND bis auf Widerruf.
Name
Anschrift

Unterschrift
Ich habe
() 14,- Euro (Inland) () 17,- Euro (Ausland) überwiesen.
() 14,- Euro (Inland) () 17,- Euro (Ausland) Scheck liegt bei.
Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.
Unterschrift

DER RECHTE RAND

Anregung für „gegen Rechts": Literatur zum Thema Gegenstrategie

Von Christian Dornbusch

Alljährlich erscheint eine Reihe von Publikationen, die sich mit Strategien gegen extrem rechtes Denken auseinandersetzen. Unterscheidungskriterien hinsichtlich ihrer Güte ergeben sich aus der zugrunde liegenden Bedingungsanalyse als auch den vorgestellten Projektideen.

Der Sammelband „Intervenieren, nicht resignieren", herausgegeben vom Essener Erziehungswissenschaftler Klaus Ahlheim, geht zu einem guten Teil zurück auf die Fachtagung: „Rechtsextremismus als Herausforderung für Bildung und Qualifizierung" in Bochum 2001. Nichtsdestotrotz sind die Analysen und Projektideen aktuell. Eingangs wird auf über 120 Seiten der derzeitige Status quo hinsichtlich extrem rechten Denkens als auch derart motivierter Gewalt aus verschiedenen Blickwinkeln skizziert. Dabei werden neue empirische Studien eingearbeitet, die dem Überblick eine gute Fundierung verschaffen. Positiv sticht hervor, dass sowohl das „Umfeld des Rechtsextremismus", der Alltagsrassismus in der „Mitte der Gesellschaft" analysiert wird als auch die biografischen Hintergründe von rassistischen Gewalttätern, die Anziehungskraft inszenierter rechter Gewalt für Frauen, die Bedeutung der familiären Sozialisation für die Ausprägung autoritären Denkens sowie die Entstehungsbedingungen für ethnische Konflikte im Betrieb. Die im zweiten Teil des Bandes vorgestellten „pädagogischen Handlungsfelder und Interventionsstrategien" leiden jedoch zum Teil unter ihrer Kürze, dem Mangel an Innovation oder selbstkritischer Reflexion. Dennoch, anregend liest sich die Vorstellung eines internetbasierten Planspiels im Kontext schulischer und außerschulischer politischer Bildungsarbeit, ein Projekt- sowie ein Erfahrungsbericht zu schulischen Gedenkstättenfahrten sowie der Beitrag zur Bedeutung von Aus- und Fortbildungen der Polizei, der die Wichtigkeit der Auseinandersetzung dieser staatlichen Institution mit Rassismus und extrem rechten Denken in ihren eigenen Reihen hervorhebt.

Eberhard Jung, Professor für Gemeinschaftskunde/ Wirtschaftswissenschaften und ihre Didaktik an der PH Karlsruhe legt im Wochenschau Verlag einen weiteren Sammelband zur Thematik vor. In dem Buch mit dem Titel „Rechtsextremismus als gesellschaftliches Problem" widmet sich nach einer Einführung des Herausgebers Albert Scherr dem Rechtsextremismus als Ausdruck eines gesamtgesellschaftlichen Problems und Sandra Steinbach der Popkultur und rechtem Denken. Die empirische Studie von Benno Hafeneger zur rechten Jugendszene in Hessen und die Darstellung der Ergebnisse der Sachsen-Anhalt-Studie „Jugend und Demokratie" von Sibylle Reinhardt und Frank Tillmann bzgl. politischer Orientierungen Jugendlicher geben all jenen einen guten Einblick in die Lebenswelt Jugendlicher, die nicht alltäglich mit dieser konfrontiert sind. Eingeleitet werden die drei praxisorientierten Beiträge von Gerd Steffen, der die Aufgaben der politischen Bildung in der Schule vor dem Hintergrund der Interpretation des Rechtsextremismus als ein Problem der Mitte vorstellt. Er plädiert dafür, im Rahmen schulischer Arbeit eine normalisierungsresistente zivilcouragierte Haltung zu fördern. Im Anschluß werden, Jungs Statement folgend, dass „es kein Patentrezept oder eine eindimensionale Strategie gibt", drei Konzepte dargestellt: Uta Knolle-Tiesler stellt das pädagogische Konzept „Konfrontationen" vor, das von der pädagogischen Abteilung des Fritz Bauer Instituts entwickelt wurde und auf die Annäherung an die Geschichte und Wirkung des Holocaust abzielt. Thomas Maurer und Hans Köhring stellen das Konzept des Themenheftes „Zivilcourage" des Wochenschau-Verlages vor und Klaus Moegling liefert einen Praxisbericht über ein Politikwerkstattprojekt zum Thema extreme Rechte.



Der Sammelband der Jugendbegegnungsstätte Anne Frank mit dem Titel „Rechtsextremismus – was heißt das eigentlich heute?" setzt seinen Schwerpunkt hingegen deutlich auf die Praxis. Auf knapp fünfzig Seiten werden eingangs kurz die theoretischen Hintergründe für die Projektarbeit expliziert. Daran anknüpfend folgt eine Darstellung der Arbeit der Begegnungsstätte, ihrer inhaltlichen Schwerpunkte, didaktischen Grundlagen und schließlich einiger Praxisbeispiele. Bereichernd ist der Methodenbaukasten, welcher der Arbeit in den Projekten zugrunde liegt und hier in Auszügen vorgestellt wird. Dabei fließen die gesammelten Erfahrungen dergestalt ein, dass abschließend bei jeder Methoden darauf hingewiesen wird, was zu beachten ist und wo es zu möglichen Schwierigkeiten in der Umsetzung kommen könnte.

Die drei vorgestellten Sammelbände sind trotz ihrer Schwächen meines Erachtens die besten Neuerscheinungen aus 2003 zu diesem Themenfeld. Wenn möglich, sollten sie ergänzend gelesen werden. Zwar kommt es dabei zu Überschneidungen bzgl. der theoretischen Grundlagen, dafür erhält die Leserin/ der Leser aber einen guten Überblick über verschiedenste Projektideen und Erfahrungen.

Klaus Ahlheim (Hg.): Intervenieren, nicht resignieren. Rechtsextremismus als Herausforderung für Bildung und Erziehung. Wochenschau-Verlag, Schwalbach 2003. 18,- Euro.

Eberhard Jung (Hg.): Rechtsextremismus als gesellschaftliches Problem. Arbeits- und Wirkungsfelder für die politische Bildung. Wochenschau-Verlag, Schwalbach 2003. 12,80 Euro.

Jugendbegegnungsstätte Anne Frank (Hg.): Rechtsextremismus – was heißt das eigentlich heute? Brandes & Apsel, Frankfurt/Main 2003. 14,90 Euro.